

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen
außer in der Expedition
bei **Brucki (C. & A. Krici & Co.)**
Breitestr. 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Grah bei Herrn J. Kreislauf;
in Frankfurt a. M.:
G. J. Paube & Co.

Posener Zeitung.

Sechshundsechzigster

Jahrgang.

Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Adolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Hausen & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schlossplatz;
in Breslau: **Emil Kahlke.**

Nr. 96.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Mittwoch, 26. Februar

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Preisatz 2 Sgr. die sechspaltige Zeile oder
deren Raum, bezugsweise 4 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an
denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1873.

**Abonnements auf die Posener Zeitung
pro Monat März nehmen sämtliche Post-
anstalten zum Betrage von 18 Sgr. 2 Pfg.
sowie die unterzeichnete Expedition und die
Herren Distributoren zum Betrage von 15
Sgr. an. Bestellungen bitten gefäll. bald
zu machen.**

Expedition der Posener Zeitung.

Die alte Kreisordnung und die Provinz Posen.

Von einem Gutsbesitzer unserer Provinz erhalten wir folgenden
Artikel:

Also keinen verfügbaren Provinzialfonds, das ist die erste Kon-
sequenz des Verbleibens der alten Kreisordnung für die Provinz
Posen! Aus der Dotation der Provinzialverbände soll eine Summe
für die Provinz Posen ausgeschieden und aufbewahrt werden, um
späterhin einmal für die Kulturbedürfnisse der Provinz, sobald ein
neues Gesetz über die Verwendung des Provinzialfonds erlassen
worden ist, flüssig gemacht zu werden. **Ohne Kreisordnung keinen
Provinzialfonds!** Für uns soll die neue Kreisordnung nur in der
Theorie bestehen, ihre Einführung der Verwaltungspraxis bruchstück-
weise oder im Ganzen überlassen bleiben: d. h. es wird von den Be-
richtern der Behörden, dem Gutachten der Landräthe abhängen können,
ob sie ihren Kreis für reif genug erachten, an den Fortschritten der
neuen Kreisordnung Theil zu nehmen, oder ob sie ihre Bedenken,
namentlich in Hinblick auf die so schöne und bequeme Distriktsom-
missariats-Polizei-Wirtschaft gegen eine Veränderung des jetzigen,
wahrhaft unentbehrlichen und unheilbaren Zustandes aussprechen. Na-
türlich werden bei denjenigen Behörden, welche weder den Fleiß noch
die Thatskraft besitzen, sich den Geist der neuen Kreisordnung
zu eigen zu machen, die Posen wieder den willkommenen Vorwand
bieten, um Alles beim Alten belassen zu können; ja, da Posen die
Provinz des politischen und wirtschaftlichen Experimentirens ist, so
wird der Kreisordnung vielleicht probeweise ein Stück seiner Organi-
sation herausgeschnitten, um wie die neue „Zusammensetzung der Kreis-
tage“ zunächst versuchsweise eingeführt zu werden, um wenn dann
diese Versuche partieller Uebertragung eine ähnliche Verwirrung,
wie im polnischen Reichstage hervorgebracht haben, mit herüberge-
brachten zu können: **Ihr seht ja, es geht hier nicht!**
Der Gedanke der partiellen Uebertragung ist der unglücklichste von der
Welt, entweder ganz oder gar nicht! Ein organisches Gesetz,
das nur im Ganzen zu verstehen und zu handhaben ist, auseinander-
reißen und nur in seinen einzelnen Organen zusammenhanglos fun-
ktioniren lassen zu wollen, heißt das Gesetz selbst unmöglich machen!
Wird man die beteiligten Kreise, die Kreisstände um ihr Gutachten
befragen? Gewiß nicht, darum ist es Evidenz, daß jeder
Kreisstand so viel wie möglich in seinem Kreise zur Auf-
klärung der Bedeutung der neuen Kreisordnung be-
trage, und werden wir heute damit beginnen, den Werth oder Un-
werth der alten Kreisordnung zu beleuchten.

Von Oben wird uns bedeutet, man wolle erst den Erfolg der
neuen Kreisordnung vorsichtig und mit liebevollen Augen in den übrigen
Provinzen abwarten; bis dahin sollten, wir uns nur beruhigen,
vertrauensvoll und heiter in die Zukunft blicken und auf die Gaben
von Oben warten! Aber was wir zu erwarten haben, das wissen wir
ja! Noch haben wir keine Staatsbahn, noch wird uns
die Staatshilfe für Eisenbahnbauten im Vergleich zu an-
deren Provinzen am kürzesten zugemessen, noch wird uns
die Hilfe eines Provinzialfonds, die Theilnahme an der
großen Eisenbahnvorlage verweigert! Auf dem **wirtschaftlichen**
Gebiete verweist man die Provinz immer auf das schöne „Prin-
zip der Selbsthilfe“, und auf jedem andern Gebiete stellt man sie
unter den Bevormundungsgrund: der Unselbstständigkeit, der politi-
schen und moralischen Unreife, der Unwürdigkeit und der Verbesserung-
bedürftigkeit. Was wir zu erwarten haben, das wissen wir, es sind
Ausnahmefälle, welche via Posen ihren Weg leider auch jetzt in die
übrige Monarchie finden, trotzdem sie ursprünglich lediglich auf uns
gemünzt waren!

Also die alte Kreisordnung, mit ihrem „laissez faire und lais-
sez aller“ System, welche die Zustände in unseren östlichen Pro-
vinzen hauptsächlich hat schaffen helfen, soll uns verbleiben. Man ver-
gleiche nur die äußere Konfiguration der alten und neuen, hier ein
Glossar, das den vorgeschriebenen Bedürfnissen der Zeit in der einge-
schickten Weise in 183 Paragraphen Rechnung trägt, die Kräfte des
ganzen Kreises intellektuell, moralisch und wirtschaftlich
mobilisirt und organisiert; dort auf drei Seiten ein aus 22 klei-
nen Paragraphen zusammengesetztes flüchtiges Nachwerk, der Ausdruck
der kindlichen Anschauungsweise einer an Staatsgewalt und Bevormundung gewöhnten, vollständig überlebten Zeit, dessen 15 erste Para-
graphen sich lediglich mit der Zusammensetzung des Kreistages beschäf-
tigen, dessen 7 letzte indessen ganz und gar mit der Leitung und Be-
schlußfassung angefüllt sind. Kein einziger Paragraph spricht von
der eigentlichen Substanz der Verhandlungen: den wirtschaftli-
chen Interessen des Kreises, der Feststellung und Kontrolle
des Kreishaushalts, der Begrenzung der Funktionen des
Landraths und des Kreistages, nirgends eine Spur von Re-
bensinhalt, welche die Thätigkeit des Kreistages selbst erfüllen sollte!
— Dem Landrath ist die ganze Kreiskommunalverwaltung fast unkon-
trollirbar von Seiten des Kreistages, und nur verantwortlich der Re-
gierung gegenüber in die Hände gelegt. Nur einmal ist er alljähr-
lich verpflichtet einen Kreistag abzuhalten, und seine hohen Inten-
tionen durch „Kurrende“ vorher den Kreisständen zur gefälligen
Kenntnissnahme mitzutheilen, für deren Realisation dann offen und
heimlich von ihm selbst agirt wird. Ist tritt diese persönliche, höchst
verwerfliche Einwirkung auf die „freie Stimmabgabe“ des Ein-
zelnen selbst während der Abstimmung in so auffälliger Weise
hervor, daß die Giltigkeit des Beschlusses dadurch im ho-
hem Grade zweifelhaft erscheint! Aber was ist mit der alten
Kreisordnung nicht möglich Alles! Zunächst die Bildung jeder „belie-
bigen Majorität“, weil jeder Kreisstand ohne Weiteres sich durch einen
anderen mittels Vollmacht vertreten lassen kann. Die von dem Landrath
präsidirte Versammlung entscheidet nach einfacher Stim-
menmehrheit, die Beschlußfähigkeit ist an keine Zahl der
Anwesenden gebunden, so daß ein mit Vollmach-
ten wohl gespickter Kreisstand, sofern er mit dem Vorsit-
zenden sich vorher geeinigt, über das wirtschaftliche Schicksal

des ganzen Kreises zu entscheiden und mit dem Vermögen der Kreis-
Eingesessenen zu schalten und zu walten vermag, wie es ihm gut
dünkt. Von einem Rechte der Interpellation der einzelnen Kreistags-
Mitglieder, der Niederlegung und Wahl einer Kommission zur ge-
wissenhaften Prüfung des Kreishaushalts aus dem Schooße der Ver-
sammlung heraus, ist gar nicht die Rede, im Gegentheil Leute welche
so unliebsame Anträge stellen könnten, vermag der Landrath sogar
nach § 16 als ordnungswidrige Mitglieder sofort von
der Versammlung auszuschließen und zu entfernen.

Der Erfolg entspricht denn auch der Anlage des
Ganzen. **Die Kreise sind überschuldet, die Kommunallasten
sind so groß wie die Staatslasten,** die Ausgaben werden
selten im Interesse des ganzen Kreises, und was viel
wichtiger ist, der ganzen Provinz, sondern häufig im
Interesse der zunächst Interessirten gemacht, so daß wir
beispielsweise im Samterischen Kreise Chausseebau, auf denen Gras
wächst, welche lediglich **polnische** Güter und Dörfer miteinander ver-
binden, und auf der anderen Seite Chausseebau entbehren
und unnütz im Bau verzögert sehen müssen, wo nicht al-
lein ein lokales, sondern ein allgemeines Verkehrs-
interesse mit Thatskraft fortgeführten Bau dringend notwendig
machen. **Unkontrollirbarkeit und Unabhängigkeit der Behörde,**
Unselbstständigkeit und Bevormundung des Kreises — das
ist der Inhalt dieser vor 45 Jahren erlassenen alten Kreisordnung!
Die deutschen Grundbesitzer, die es ehrlich mit der Sache meinen,
ziehen sich, die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen einsehend, von dem
Kreistage zurück. Was soll dies alljährlich ein oder zweimal erfolgende
über's Kniebrechen der wichtigsten Angelegenheiten? Ihnen wird die
Stellung im sogenannten Großherzogthum Posen schon durch die ewi-
gen Ausnahmefälle schwer genug gemacht; der Landrath und ein-
zige polnische Rittersgutsbesitzer beherrschen das Terrain, erledigen
mit Ausschluß der Öffentlichkeit in einigen Stunden die Kreistags-
vorlagen, nehmen ein deutsch polnisches Protokoll über den thatsäch-
lichen Inhalt auf, lassen die Wiedergabe der Diskussion ganz fort,
und schreiben dem Kreise, die wenigen deutschen Kreise ausgenommen,
die Zahlungsverpflichtung nach gemeinsam überdachtem Zahlungs-
modus vor. Die polnischen Kreistagsmitglieder betrachten den Kreistag
als das letzte Bollwerk, als die letzte stehende gebliebene Ruine jener schö-
nen Zeit politischer Machtthätigkeit, wo jeder Schlachtfeld ein gebor-
ner Kronprinz war; sie wissen ihren Einfluß nach allen Seiten hin
zur Geltung zu bringen, und zwingen die Regierung, mit ihnen zu pa-
siren, sie mag wollen oder nicht. Und ihnen zur Liebe soll die
alte Kreisordnung aufrecht erhalten bleiben, damit sie das
„alte Spiel“ der partikularistischen Agitation für ihre Sonderinter-
essen weiter betreiben können, damit sie sich nicht durch den gesunden
Sinn des Volkes aus dem Sattel gehoben sehen, damit deutscher In-
telligenz, deutschem Fleiße, deutscher Gewissenhaftigkeit und deutschen
namentlich preussischem Patriotismus der Eintritt ins Lager erschwert
wird!

Wir in der Minorität uns befindenden deutschen Besitzer, die
wir nicht an die angeborene, sondern an die durch Fleiß
und Ausdauer mühsam erworbene Autorität des Men-
schen glauben: wir erblicken in diesem Vorenthalten der neuen,
in dieser Permanenz-Erklärung der alten Kreisordnung nicht etwa
eine Konfession, die man dem polnischen Volke macht,
sondern lediglich eine politische Bevorzugung, die man
den polnischen Rittersgutsbesitzern nach wie vor
einräumt, diesen gebornen Feinden des deutschen Staates, der
deutschen Sprache und Sitte, welche weder zu belehren, noch zu
bekehren sind! Glaubt man denn wirklich, die Intelligenz und na-
tionale Mäßigkeit sei nur auf Seite der polnischen Edelleute? Hat
man so geringe Meinung von der deutschen Thatskraft, Unpartei-
lichkeit und Gerechtigkeitssinn? — Warum will man uns denn die Ge-
legenheit nehmen, im offenen Kampfe, mit offenem Bistire uns die Kräfte
anzueignen, die uns fehlen? — Aber es ist bekannt, über keine Provinz
ist man hoch Oben so schlecht unterrichtet, wie über die Pro-
vinz Posen, denn aus welchen Händen empfängt man die dürftige Na-
hrung? — Der gemeine Mann auf dem Lande entzieht sich diesen Zu-
ständen durch Auswanderung, der deutsche Besitzer kämpft wider trotz
aller Ungunst der Verhältnisse für die von ihm als durchführbar
und praktisch erkannten Wahrheiten!

S. v. S.

Pro domo*)

Wenn die Erde, welche uns trotz ihrer copernikanischen Bewe-
gung um die Sonne, als unser alter und beständiger Grundbesitz er-
scheint, mit einem Male ins Schwanken und Zittern geräth, so macht
das bekanntlich einen sehr beunruhigenden Eindruck, weil man eben
gar nicht weiß, wohin man treten soll, um festzustehen. Ähnlich geht
es uns, wenn die Logik, auf der alles richtige Denken und ver-
nunftmäßige Handeln beruht, nicht nur von einem sonst logisch den-
kenden Manne verlegt wird, sondern der Betreffende die Zustimmung
einer ganzen Anzahl sonst zurechnungsfähiger Menschen findet. Das
ist nun nämlich in der Budgetkommission geschehen. Während
nämlich ein logisch denkender Mensch daraus, daß die Lehrer höherer
Unterrichtsanstalten an einem sehr theuern Orte kein höheres Ein-
kommen beziehen, als an einem sehr billigen, schließen muß, daß fol-
glich die an billigen Orten angestellten Lehrer weit besser gestellt sind als
die an theuern Orten amtierenden, daß also hier eine Ungleichheit vor-
liegt, deren Ausgleichung, wenn sie ohne Schädigung der bisher besser
gestellten möglich ist, durchaus der Billigkeit entspricht, hat die Majo-
rität der Budgetkommission, nach den Zeitungsberichten, umgekehrt so
geschlossen: Weil der Lehrer in einer theuern Stadt nicht mehr be-
kommt als in einer billigen, so ist es gerecht, wenn er keinen Servis
bekommt. Wir würden unsere Leser beleidigen wenn wir über einen
solchen Schluß noch ein Wort verliören.

Die übrigen Gründe, welche man zusammengelesen hat um es
gerechtfertigt erscheinen zu lassen, wenn die Lehrer an den höheren
Staatsanstalten allein von allen Staatsbeamten von der Servisbe-
zahlung ausgeschlossen werden, dürften vor dem Richterstuhle der for-
malen Logik bestehen: sie sind bloß sachlich unzureichend, schief oder
auch ganz unrichtig.

Ein solcher Grund, und vielleicht für einen Theil der Kommissions-
mitglieder der Hauptgrund, war die Besorgnis, es könnte aus der
Servisbewilligung für die Lehrer der Staatsanstalten den Kommunen

*) Aus Lehrerkreisen eingesandt.

eine nicht unbedeutende Unbequemlichkeit erwachsen. Es würden nämlich
die Lehrer der höheren Kommunal- und Stiftungsanstalten, deren Etat
jetzt unter Anweisung großer Staatszuschüsse auf die Normalhöhe ge-
bracht sei, dann auch von ihren Patronen (oder vom Staate?) Servis
verlangen. Es ist ein wahres Glück, daß man sich erst jetzt zu der
Höhe einer soartigen Rücksicht gegen die Kommunen erhoben hat, denn,
hätten die betreffenden Herren schon früher sich durch diese Rücksicht leiten
lassen, so hätten sie auch gegen die Erhöhung des Normalstats der
Staatsanstalten stimmen und agitiren müssen, da man voraussehen
konnte, daß diese eine Fülle von Ansprüchen an die Kommunen zur
Folge haben würde. Offenbar liegt die Sache so: Bedürfen die Lehrer
der höheren Staatsanstalten an theuern Orten des Servises, um
ihre Bildung, ihrer Leistung und ihrem Stand entsprechend leben zu
können, so ist es eine Forderung der Gerechtigkeit, ihnen, wenn die
Mittel vorhanden sind, ein solches ebenso wie den anderen Staats-
beamten zu gewähren. Natürlich ist dann damit auch anerkannt, daß die im
gleichem Gehalte stehenden Lehrer höherer Kommunalanstalten eines
Servises bedürfen. Es ist also auch billig, daß die Kommunen es
ihnen gewähren, wenn sie können. So lange aber eine Kom-
mune nicht kann, wird sie derartige Ansprüche bedauernd ablehnen, und
sie wird offenbar recht daran thun. Tritt nun in Folge einer solchen
nicht durch bösen Willen verschuldeten Weigerung der Fall ein, daß
eine Kommune für ihre höheren Lehranstalten nicht mehr die genügende
Anzahl hinreichend tüchtiger Kräfte gewinnen kann, so ist es Pflicht
der Kommune, diese Anstalt dem Staate zu übergeben, Pflicht des
Staates, sie, natürlich unter angemessenen Bedingungen, zu über-
nehmen.

Wenn in der Budgetkommission die Befürchtung geäußert ist, daß
die aus jenen Forderungen erwachsenden „Quälereien“ es den Kom-
munen schließlich verleideten werden, neue höhere Lehranstalten zu er-
richten, so halten wir die preussischen Kommunen im Allgemeinen nicht
für so nervös. Wir denken, wo das sittliche Interesse, welches hun-
derte von Eltern daran haben, ihren Kindern am Orte selbst eine
wissenschaftliche Bildung zu verschaffen, und dazu die bedeutende Ein-
nahmequelle, welche einem Theile der Bürgerschaft durch Gründung
einer höheren Unterrichtsanstalt eröffnet wird, zu richtiger Würdigung
gelangt, da wird die Furcht vor jener „Quälerei“ nicht schwer in's
Gewicht fallen. Dann aber fragen wir: was schadet es denn, wenn künftig
die Staatsanstalten mehr und mehr das Uebergewicht erhalten, indem
der Staat überall dort, wo das entschiedene Bedürfnis vorliegt, eintritt,
oder wenn schon bestehende höhere Schulen in größerer Anzahl an
den Staat übergehen? Wer bildet sich ein, daß das höhere Unter-
richtswesen dadurch verlieren werde? Wer verkennt, wie vortheilhaft
es wäre, wenn die Kommunen — wie dies in einem unsern Lesern
bekannten Fall in der hiesigen Stadtverordnetenversammlung richtig
bemerkte wurde — durch Befreiung von den Ausgaben für das höhere
Schulwesen Mittel erhielten, für das Elementar- und Mittelschulwesen
mehr zu thun? Aber die Gründe, die in der Budgetkommission
wirklich billig wie Brombeeren zu sein scheinen, sind noch nicht zu
Ende. Ein solcher Grund ist unter andern der, daß der jetzige Lehr-
plan den Lehrern der höheren Lehranstalten nur sehr mäßige Ver-
pflichtungen auferlege. Es hätte nichts schaden können, wenn der
Urheber dieser Bemerkung einmal darüber nachgedacht hätte, was
wohl der Grund sei, weshalb der Lehrplan den Lehrern nicht vielmehr
unmäßige Verpflichtungen auferlege. Am Ende wäre er vielleicht
dahintergekommen, daß der Lehrer im Allgemeinen nur bei solchen
mäßigen Ansprüchen die unerlässliche Elastizität und Frische bewahren
kann, ohne die er wohl abrichtet aber nicht wahrhaft bilden kann.
Vielleicht hätte er auch, wenn er sich erkundigen gewollt, erfahren
können, daß die Praxis zuweilen nicht mäßige, sondern ganz exorbitante
Anforderungen an einzelne Lehrer stellt. Oder ist es keine exorbitante
Anforderung, wenn gar mancher Lehrer bei 22 zum Theil umfassende
Vorbereitungen erfordernden wöchentlichen Lehrstunden vielleicht hundert,
hundertundfünfzig, ja noch mehr Arbeiten wöchentlich zu korrigiren
hat? Auch ist es bedauerlich, daß es ihm unbekannt geblieben ist, wie
jeder Lehrer von Gottes- und Rechtswegen einen Theil seiner nicht
den unmittelbaren Unterrichtszwecken dienenden Zeit auf gründlich-
wissenschaftliche Studien verwenden muß, ohne die z. B. der philo-
logische Unterricht in den oberen Klassen jeder Basis entbehrt; daß es
ihm ferner unbekannt geblieben ist, wie aus der wenig oder gar nicht
lukrativen wissenschaftlichen Thätigkeit von Lehrern höherer Lehr-
anstalten jährlich weit über die Hälfte aller philologischen Abhandlungen
und Bücher hervorgeht. Wenn er das alles gewußt hätte, so würde
er wohl schwerlich so gesprochen haben, als ob die Lehrer schon viel
zu viel Gehalt für geringe Arbeit erhielten. Wir sind übrigens ähn-
licher Unkenntnis dessen, was ein Lehrer zu thun hat, schon öfter be-
gegnet, aber bisher immer nur in der Bierstube. Mit besonderer
Näherung fanden wir auch ein Mälein, daß uns in jenen wüthigen
Räumen so manches Mal von lieben juristischen Freunden vorgetum-
melt worden ist, unsere Ferien, um die man uns „beneidete“, unter
den Kleppern, die gegen uns gepornt werden, wieder.

Wir schließen mit dem letzten Trümpe der Servisverweigerer,
mit der „wichtigen Gelegenheit zu Nebenbeschäftigungen“. Es ist in
der That stark, wenn sämtliche Lehrern an den höheren Staats-
anstalten deshalb Servis verweigert werden soll, weil vielleicht die
Hälfte von ihnen, denn die andere Hälfte hat keine Zeit oder keine
Gelegenheit, durch Privatunterricht einen geringen und an jeder An-
stalt im Durchschnitt einer einen nennenswerthen Nebenerwerb durch
Ertheilung von Privatunterricht hat. Aber vielleicht wollte der be-
treffende Abgeordnete den Lehrern nur wohlwollender Weise den Wink
geben, in möglichst großem Umfange durch „Nebenbeschäftigungen“ ihre
finanzielle Lage zu verbessern: aber schade, daß die Unterrichtsbehörde
in diesem Punkte so ganz andere Anschauungen hat.

Selten ist wohl eine so tief einschneidende, weit über tausend Staatsbeamte, wenn sie durchgeht, so bitter enttäuschende und so schwer schädigende Absehung im Etat mit so unbedacht zusammengegriffenen Gründen verlangt worden. Um so besser! Desto weniger ist zu besorgen, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses dem Vorschlage beistimmen und daß der Kultusminister von seiner Forderung abgehen werde.

Deutschland

Δ Berlin, 25. Februar. Die gestrige Verhandlung des Abgeordnetenhauses gab dem Kultus-Minister Gelegenheit sich auf das Entschiedenste gegen den Antrag der Fortschrittspartei auszusprechen, die Position für den Evangelischen Oberkirchenrath zu streichen. Mit dem größten Nachdruck hob Herr Fall hervor, daß dieser Antrag entweder ganz ohne Wirkung bleiben, oder wenigstens zur Verschleimung der Verfassungsentwicklung nicht das Mindeste beitragen werde, vielmehr durch ihn die Unsicherheit der Verhältnisse nur noch mehr vermehrt werden werde. Gewiß sind diese Ausführungen von Allen, welchen eine organische Gestaltung der evangelischen Landeskirche am Herzen liegt, mit Beifall und Genugthuung begrüßt worden. Es ist der Wirksamkeit des jetzigen Kultus-Ministers keineswegs zu Statte gekommen, daß Geister, die er jetzt bekämpfen muß, ihn als den Mann ihres besonderen Vertrauens und den Vertreter ihren Ideen proklamirten. Es ist eben ein eigen Ding um das Vertrauen der Radikalen, auch im Antrage der Fortschrittspartei spielte es wieder eine Rolle, ja sogar dem neuen Präsidenten des Oberkirchenrathes machte man seine Komplimente, indem man auf die Beseitigung dieser ganzen Institution hinarbeitete. Es ist nicht zu verkennen, daß auch die Stellung des Kultusministers selbst erschüttert wäre wenn dies gelungen, und deshalb von großer Bedeutung, daß er einmal dies angeliebte Vertrauen energisch zurückgewiesen hat. Uebrigens ließen seine Worte klar erkennen, daß der Minister von der Nothwendigkeit eines Aufhanges der evangelischen Kirche allerdings überzeugt ist, aber nur im Anschluß an die vorhandenen Grundlagen, und daß er keineswegs gesonnen ist, den Forderungen der Radikalen nachzugeben, welche sich an ihn herangedrängt haben. Die Abstimmung in der heutigen Sitzung zeigte, daß die überwiegende Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Stellung des Herrn Dr. Fall durchaus billigte. — In der Presse wird vielfach das Gerücht kolportirt, die Regierung beabsichtige die Provinz Preußen zu theilen und zwar in Ost- und Westpreußen. Demgegenüber ist zu bemerken, daß bis jetzt nur vorläufige Meinungsäußerungen stattgefunden haben und noch an keiner amtlichen Stelle auf Verhandlungen eingegangen ist. Alle dies bezüglich Mittheilungen müssen daher als irrtümlich oder vorzeitig bezeichnet werden. Ein hiesiges Blatt hatte gemeldet, daß die konservative Partei aus Anlaß der Anlagen und Ausführungen des Abgeordneten Lasker einen Antrag auf Schaffung von Verfassungskraft gegen den Mißbrauch der parlamentarischen Redefreiheit stellen wolle. An einigen Orten hat man diese Nachricht dahin illustirt, daß die Regierung hinter diesem Vorgehen stehe. Dem muß jedoch auf das Allerentschiedensten widersprochen werden. Die Truppen sind bei Beförderung auf Eisenbahnen, bei Fahrten von langer Dauer, großen Beschwerden unterworfen, welche sich besonders steigern, wenn dazu geschlossene Güterwagen benutzt werden, in welchem es an Luft und Licht mangelt. Auf Anregung des Kriegs-Ministers ist daher von Seiten des Reichsfinanzamtes der Handelsminister ersucht worden, die preussischen Bahnverwaltungen dahin anzuweisen, daß bei der Beförderung von Truppen im Frieden mittelst Ertragszügen, vorzugsweise Wagen III Klasse zur Verwendung kommen und Güterwagen so viel als möglich ausgeschlossen bleiben. Der Handels-Minister hat diesem Ersuchen durch eine neuerdings an die Eisenbahn-Verwaltungen und Eisenbahn-Kommissariate erlassene Verfügung entsprochen.

Δ Berlin, 25. Februar. Die liberalen Parteien kommen mit dem Minister Fall mehr und mehr in ein eigenthümliches Verhältniß. Es ist Thatsache, daß derselbe bei Hofe von einer starken Partei

bedrängt wird. Im Kabinet des Königs liegen die Adressen und Vorstellungen der orthodoxen Kleriker über den Ruin der Kirche und den lebendigen Antichrist fußhoch. Die zweifelhafteste Stellung fällt im Kabinet bewegt nun viele liberale Abgeordnete mit dem Minister in vielen Dingen ein Uebermaß von Gehuld zu haben, ihm Gehebe, Einrichtungen und Gelder zu bewilligen, welche Mäher niemals bewilligt worden wären und die Kammern kaum von der Landrathskammer verlangt haben würde. Ueberdies erhält Fall noch bei jeder Gelegenheit ein ausdrückliches Vertrauensvotum mit in den Kauf. Weit entfernt aber, daß dies Fall an entscheidender Stelle stützt, wird er der Hspartei dadurch erst recht verdächtig. In dem Maße wie nun Fall von hier aus stärker bedrängt wird u. andererseits sich die liberalen Parteien in ihrer Haltung immer nachgiebiger erweisen, verschiebt sich das Programm des Ministers unversehens mehr und mehr nach rechts. Die wichtigsten organischen Gesetze bleiben uns, die Geistlichkeit wird durch erhöhte Geldspenden aus der Staatskasse oder durch Zusagen solcher Spenden zu befähigen gesucht. Diese Schiebung ist so stark, daß der Minister jetzt sogar seine eigene Gesetzesentwürfe beginnt für unannehmbar zu erklären. Es ist Thatsache, daß der Minister in der Kommission hat erklären lassen, die Regierung würde ihren Gesetz-Entwurf betreffend den Austritt aus der Kirche fallen lassen, wenn nicht gewisse den Austritt erschwerende Bestimmungen hinsichtlich der Kirchenbaukosten, auf welche der Oberkirchenrath Werth legt, in den Entwurf hineingekommen würden. Aeltere Abgeordnete meinen, der Minister und die liberalen Parteien beginnen nachgerade auf die schiefe Ebene zu gerathen, welche vor 12 Jahren die „neue Aera“ in den Abgrund führte. Unter solchen Erwägungen hat man in der Fortschrittspartei sich erst recht veranlaßt gesehen mit aller Schärfe den alten Antrag auf Absehung der Ausgaben für den Oberkirchenrath, das „illegitime Kind des Absolutismus und der Klerisei“ bei der diesjährigen Etatsberatung zu erneuern. Die Mehrzahl der Nationalliberalen stimmte auch diesmal für Bewilligung. Der Minister sprach sehr gereizt gegen die Fortschrittspartei; einer der Räte aber, der schon viele Minister erlebt, meinte privatim: Das hilft ihm nach oben und giebt wieder 14 Tage Luft. Charakteristisch aus der heutigen Sitzung war, daß sich die Freikonservativen und der rechte Flügel der Nationalliberalen mit den Konservativen und Klerikalen vereinigten, um auch die mildesten Anträge in Bezug auf größere Klarstellung der kirchlichen Fonds zu Falle zu bringen. Es fiel sogar eine Resolution, für welche die Regierung selbst sich ausgesprochen hatte. Es ist höchste Zeit, daß Neuwahlen wieder eine einigermaßen zuverlässige liberale Majorität schaffen. Heute Abend tritt die Eisenbahnuntersuchungs-Kommission wieder zusammen. Lasker hat in derselben einen sehr bestimmten Standpunkt eingenommen und förmlich erklärt, daß er sich nicht werde majorisiren lassen, daß er die Kommissionsverhandlungen, soweit die Sache selbst es in einzelnen Fällen nicht erfordere, nicht als geheim anerkenne und daß er sich vorbehalte, für seine Person zu jeder Zeit selbständig über die Arbeiten der Kommission an das Abgeordnetenhaus zu berichten. Gleichwohl wird Lasker in der Kommission einen schwierigen Standpunkt haben. Was insbesondere die Persönlichkeit von Ippenitz anbelangt, so darf man von hohen Staats- oder gar Ministerialbeamten nicht erwarten, daß sie allzu inquisitorisch sich zeigen werden. In der Kommission für die Verabreichung der Eisenbahnanleihen regten gestern die Nationalliberalen die Frage an, ob es nicht angemessen sei, die Verabreichung für das Plenum auszufügen, bis die Untersuchungskommission ihre Arbeiten beendigt hätte. Konservativen und Klerikale aber meinten, sie fänden an Ippenitz ganz und gar nichts auszufügen. Die Eisenbahninteressenten protestirten, daß die Kommission einen politischen Auftrag habe. So mußte der Antrag zurückgezogen werden. — Es werden von verschiedenen Seiten Anträge auf Aufhebung des Zeitungs- und Kalendertempels vorbereitet. — Die Budget-Kommission hat eine dritte Lesung des Serbisches Gesetzes beschlossen, um das Amendement wegen der Beamten mit Lokalzulagen sorgfältiger zu redigiren.

— Ein Laß des Kriegsministeriums bestimmt, daß nunmehr auch die zur Disposition gestellten Offiziere als Geschworene bei den Schöffengerichten herangezogen werden können, während dieses früher nur bei den Offizieren außer Dienst der Fall war.

— Das ablehnende Votum des Justizauschusses des Bundesraths gegenüber der Petition des Herzogs von Ansbach um Erbhofen seiner standesherrlichen Rechte basirt darauf, daß die Rechtsmittel, aus denen der Herzog sein Anspruchs herleitet, durch die Auflösung des früheren Bundesvertrags in Folge der Ereignisse des Jahres 1866 hinfällig geworden sind.

— Die Organe der liberalen Parteien bezeichnen den verstorbenen Stadtgerichtsrath Elsner v. Gronow übereinstimmend als einen eben so unparteiischen als zuverlässigen Beamten. Das Königl. Stadtgericht widmete ihm einen ehrenden Nachruf, in dem es sagt:

Durch unerschütterliche Berufstreue und hervorragende Leistungen, vornehmlich im Gebiete des Handelsrechts, hat derselbe nicht bloß im Kollegio, sondern auch im amtlichen Verkehr mit der Geschäftswelt und deren rechtskundigen Vertretern die ungetheilte Achtung und ein selbsten Vertrauen sich erworben und fest begründet. — Ebenso hat das Offizier-Corps des Reserve-Landwehr-Bataillons (Berlin) Nr. 35, dem er als Hauptmann angehörte, dem Bewegten einen kameradschaftlichen Nachruf gewidmet. — Ein eigenthümliches Spiel des Zufalls ist es, daß am Sonnabend, also wenige Tage nach dem Tode des Handelsrichters Elsner v. Gronow, auch der Sekretair der Kommission für Handelsfachen beim künftigen Reichstag, Herr Dr. Bött, ein auch in kaufmännischen Kreisen sehr bekannter und geachteter Mann, gestorben ist. Derselbe ist einem Brustleiden erlegen, an dem er schon seit längerer Zeit gelitten hat.

— Die durch die Maßregelung des Predigers Dr. Sydow wachgerufene rührige Agitation auf kirchlichem Gebiete läßt mit Bestimmtheit erwarten, daß am 4. März, an welchem Tage der Evangelische Oberkirchenrath sein Urtheil in der Sydow'schen Angelegenheit sprechen soll, sämtliche berliner Gemeinden trotz des oberkirchenrathlichen Erlasses ihre Ansicht über das moderne Regiergericht der obersten Kirchenbehörde dargelegt haben werden. Am Freitag Abend traten im Osten der Stadt die Mitglieder der Thomas-Gemeinde, im äußersten Südwesten die der Matthäus-, Lukas- und Jakobspostel-Parochie zusammen, um Protest gegen die Vergewaltigung der freien Schriftforschung zu erheben. Die letztere Versammlung nahm nach einem einleitenden Referat des Professors Dieterici eine Adresse an den Evangelischen Oberkirchenrath an, in welcher die dringende Bitte um Aufhebung des Konfistorialurtheils gegen Dr. Sydow ausgesprochen und motivirt wird. — In die Versammlung der Thomas-Gemeinde hatten die „Frommen im Lande“ ein so starkes Kontingent gesendet, wie es bisher noch in keiner derartigen Versammlung gesehen wurde; die Vertreter der Orthodoxie operirten aber nicht mit Gründen, sondern suchten das Zustandekommen des Protestes durch allerlei Eirungen zu hintertreiben, was ihnen jedoch nicht gelang. Die „N. Pr. Ztg.“ sammelt mit großer Sorgfalt die Erklärungen, welche zu Gunsten des Konfistoriums der Provinz Brandenburg wegen der Antisensetzung Sydow's abgegeben werden. Kürzlich verzeichnete sie Glaubenszeugnisse der Synode Wolgast, der Geistlichen der Klasse Winddecken in der Provinz Hessen-Nassau, des Christlichen Bürgervereins zu Barmen und der Synode Freinwalde i. P. Wie wenig Bedeutung derartige Äußerungen beschränkter Frömmigkeit an sich haben, so verdienen sie so lange Beachtung, bis der Oberkirchenrath über Sydow's Appellation erkannt hat. Ihrer ganzen Vergangenheit wegen kann diese kirchliche Behörde sich dem Einfluß nicht entziehen, auf den die Demonstrationen der zahlreichen und bisher verzogenen orthodoxen Partei berechnet sind. Deshalb erscheint, was ein hiesiger Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ schreibt, äußerst unwahrscheinlich. Derselbe schreibt nämlich: „Die Angelegenheit des Predigers Dr. Sydow dürfte von dem Oberkirchenrath eine nicht erwartete, ja man möchte sagen, überraschende Wendung dadurch erhalten, daß sich derselbe für inkompetent zur Urtheilsförmung mit dem Zusage erklärte, daß, so lange nicht eine aus der Kirche selbst hervorgegangene Verfassung gegeben, der jetzige Oberkirchenrath zu einem derartigen Richteramt nicht befugt sei.“

Theater.

Die gestrige Fastnachts-Vorstellung brachte als Einleitung eine allerliebste Kleinigkeit von Benedix: „Ausreden lassen“. Die redselige Tante, welche Frau Frisch mit unermüdblicher Zunge gab, ermangelte weder des spezifischen Tantenhumors, noch der geläufigen Suade, noch der altjüngferlichen Haltung in Ernst und Eder. Die Hauptdarstellerin ließ niemand zu Wort, also auch nicht zur Geltung kommen; sie gefiel allgemein und wurde wiederholt gerufen.

Darauf folgte die romantische Oper: „Stradella“ von Flotow. Der Komponist genießt nun die Früchte seiner Hauptopern „Martha“ und „Stradella“ auf seinen Gütern bei Wien und mit Recht, denn beide haben so zu sagen die Reise um die Welt gemacht. Sehen wir „Stradella“ darauf hin näher an, so finden wir in diesem Werk ungekünstelte und doch gefällige Melodien, volkstümliche Chorgesänge und eine einfache und leicht fassliche Charakteristik; dazu eine schnell sich entwickelnde und wohl motivirte Handlung und bunte Gestalten für Jedermann, aus dem Leben gegriffen und mit südlichem Kolorit gefärbt. Alle Schwerfälligkeit ist verbannt, wir fühlen uns unter den Azurhimmel des schönen Italiens versetzt und mischen uns unter das heitere leichtlebige Völkchen. Andererseits entbehrt die Oper ganz und gar des genialen Schwunges, 's ist gute Mittelwaare.

Sie erhebt übrigens an Vokalisten und Instrumentalisten nicht geringe Anforderungen. Herr Paul spielte den Sänger Alessandro Stradella, welchen seine Zeitgenossen den „Apollo der Musik“ nannten. Die gefanglichen und schauspielerischen Mittel, über welche Herr Paul verfügt, der jugendliche Schmelz der Stimme und die natürliche und gewandte Pantomime könnten ihn zu einer der anziehendsten Bühnenercheinungen stempeln; aber die leidige Höhe, welche er nur mühsam erstreift, verdirbt ihm die besten Erfolge. Hier hilft nur ein Mittel, nämlich Skatasingen, das tägliche Brod des Sängers. Göthe's Wort: „Wer soll Geselle sein?“

Wer was kann.

„Wer soll Meister sein?“

Wer was erkannt.

„Wer soll Lehrling sein?“

Jedermann.

paßt auf den Musiker mehr als auf jeden andern Künstler; dieser muß tagtäglich auf die elementaren Grundlagen seiner Kunst zurückgreifen. Wo Herrn Paul die Tonlage bequem war, wie zum Theil in der Romane und in der Schlußhymne, da traten seine angeborene Gaben in volles und schönes Licht. Die übrigen Darsteller wurden der Partitur mehr gerecht. Herr Siepe, mit mäßiger Kraft ausgestattet, gestaltete doch den Bass rund und ansprechend. Wenn er dem Vibrato

den Abschied für immer gäbe, würde er das Gewicht seines Organs um ein gutes Stück vermehren; diesen Luxus darf sich nur der Vermögende erlauben. Frau Borchard (Leonore) hatte ihre Partie sauber einstudirt. Ihr gutes Ohr und ein feinfühliges Geschma begleiteten alle ihre Leistungen, auch da, wo nur Künstler ersten Ranges einen entscheidenden Sieg erringen. Die beiden Banditen (Herr Thomas und Herr Winter) bildeten ein Paar köstliche Figuren. Der Eine eine echte Abrazzen-Gestalt von fast dämonischer Wildheit, die durch ein übermächtiges Organ unterstützt wurde, der Andere von freundlicherer Haltung und gefällig in hervorragender Weise forrekt; beide zu einem Ensemble verschmelzend, dem es bei überprüfender Lust und Kraft doch an Anmuth nicht fehlte. Dem Chor hätten wir manches nachzusagen, vielleicht auch hin und wieder einigen Blechinstrumenten; aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Im Ganzen machte die Vorstellung einen nicht ungünstigen Eindruck und legte davon Zeugniß ab, daß unsere Oper uns bei guter Vorbereitung manche schöne Gabe dazureichen im Stande ist.

G. M.

General v. Hartmann.

In dem in der Nacht vom Sonntag auf den Montag der Lungenentzündung erlegenen kommandirenden General des 2. kgl. bairischen Armee-Corps General Frhrn. v. Hartmann hat das deutsche Reichsheer einen seiner hervorragenden Befehlshaber verloren. Der Verewigte war im Jahre 1795 in der Rheinpfalz geboren. Bekanntlich gehörte seine Heimathsprovins von 1794 bis 1814 zu Frankreich und somit verdiente sich Hartmann seine ersten militärischen Sporen auf der Seite des Reichsfeindes, dem er am Abend seines Lebens als siegreicher Befehlshaber gegenüberzutreten sollte. So machte er „die Schlacht bei Waterloo als französischer Korporal“ mit. Nach dem zweiten pariser Frieden in bairische Dienste übergetreten, stieg Jakob Hartmann trotz bürgerlicher Herkunft und, was in Baiern früher besonders schwer in das Gewicht fiel, protestantischer Konfession, schnell empor, wozu neben hervorragender Tüchtigkeit eine glänzende äußere Erscheinung und gewinnende Anmuth das übrige beitrugen. Im Jahre 1866 kommandirte der mittlerweile in den Ritterstand erhobene Generalleutnant v. Hartmann die 4. bairische Infanteriedivision. Derselbe zeichnete sich in dem unentschiedenen Gefecht bei Dermbach-Wiesenthal-Rothorf (4. Juli) sehr aus, blieb dagegen am Tage von Rissingen (10. Juli) in einer Weise untätig, die damals viel Befremden erregte. General v. Hartmann stand mit seiner Division bei Pöppelshausen, eine starke Meile hinter Rissingen, griff aber trotz des hinüberschallenden Ka-

nonendonners nicht in das Treffen ein. Die aufgeregte bairische Volksstimmung und Volkspresse gab dieser Unterlassung den Verlust des Treffens schuld und bezichtigte den General v. Hartmann des „Verraths“, in mehreren deshalb angestregten Prozeßproben ward indeß zur Genüge konstatiert, daß ein direkter Befehl zum Eingreifen den General nicht erreicht hatte und daß überdies die verstopften Straßen resp. Defiles eine solche aktive Theilnahme kaum ermöglicht haben würden. Jedenfalls behielt General v. Hartmann die Gunst und Hochachtung seines Königs, der ihn bei der Theilnahme der bairischen Armee in Armeecorps zum Befehlshaber des 2. dieser Corps und zugleich zum General der Infanterie und Chef des 14. bairischen Infanterie-Regiments ernannte. In seiner neuen Stellung entfaltete General v. Hartmann große Mühsigkeit, seine im Herbst 1869 bei Schweinfurt abgehaltenen Feldmanöver erregten damals namentlich bei den im Feldlager anwesenden französischen Offizieren vielfache Aufmerksamkeit. Im Jahre 1870 mit dem 1. bairischen Armeecorps (Frhr. v. d. Tann) unter dem Oberbefehl des Kronprinzen gestellt, erbat und erhielt General v. Hartmann von dem Kronprinzen die Ehre des Vortrages bei dem Einmarsch in Frankreich. An dem Treffen bei Weißenburg (4. August) nahm sein Armeecorps in hervorragender, an der Schlacht bei Wörth (6. August) neben dem 1. bairischen Armeecorps und den preussischen Truppen nur in sekundärer Weise Theil. Auch bei Beaumont und Sedan (30. August und 1. September) stand das 2. bairische Armeecorps im Wesentlichen in der Reserve. Dagegen war das am 19. September vor Paris geschlagene Treffen bei Petit Vicetre und Pleiss-Biquet ein besonderer Ehrentag Hartmanns, ein geschickter und energischer Stoß seiner Truppen degagte das bei dem Marsch auf Versailles in der Flanke angefallene V. Armeecorps und warf die Franzosen in wilder Flucht nach Paris hinein. Das 2. bairische Armeecorps half jetzt vier Monate lang Paris belagern, ohne daß bedeutende Ausfälle gegen seine Stellungen vorgekommen wären. Am 1. März 1871 zog General v. Hartmann mit seinem Armeecorps in die besiegte französische Hauptstadt ein und nahm nach geschlossenem Frieden an den Siegesfeierlichkeiten in Berlin (16. Juni) und München (16. Juli) Theil. Außer durch zahlreiche Ordensverleihungen wurde General v. Hartmann von seinem König durch die Erhebung in den erblichen Freiherrnstand, sowie durch ein Loos von den drei in Baiern zur selbstständigen Vertheilung überwiesenen Dotationsnummern a 100,000 Thlr. ausgezeichnet. General v. Hartmann war bei Vorgesetzten und Untergebenen sehr beliebt, neben großer Tüchtigkeit und Pflichttreue nahm besonders ein Zug humoristischer Bonhomie für ihn ein (Spen. B.)

— Dem Bundesrathe sind die Nachweisungen über die Ausführung des Jesuitengesetzes vorgelegt, welche der Bundesrath beim Erlaß der Verordnung vom 5. August v. J. von den einzelnen Regierungen eingefordert hatte, zugleich mit den Nachweisen über die in den einzelnen Bundesstaaten vorhandenen dem Jesuitenorden verwandten Orden und religiösen Genossenschaften. Der Bundesrath wird sich nunmehr über die Frage der verwandten Orden schlüssig zu machen haben.

— Die nächste allgemeine deutsche Lehrerversammlung wird nunmehr doch in Breslau stattfinden, nachdem eine Anzahl dortiger Lehrer sich bereit erklärt haben, die erforderlichen Vorarbeiten zu übernehmen. Bei der Kürze der Zeit und bei den örtlichen Schwierigkeiten wird jedoch die Beschaffung von Freiquartieren und anderen Annehmlichkeiten kaum zu ermöglichen sein.

— Der „Reichsanz.“ Nr. 50 veröffentlicht das Reg.-Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lauter Obligationen der Stadt Straßburg, zum Betrage von 1,500,000 Thlrn. Vom 27. Jan. 1873.

Braunsberg. 21. Februar. Gegen den Gerichtskassen-Rendant Rosenmund hier ist wegen Unterschlagung ihm amtlich anvertrauter Gelder — man spricht von 2400 Thlr. — heute die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Köln. 22. Februar. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Zuschuß von 140 Thlr. zu den Kosten der Frohnleichnamss-Procession mit 16 gegen 7 Stimmen für immer vom Budget gestrichen. — In seinem Kassen-Hirtenbriefe theilt der hiesige Erzbischof mit, der Ertrag des Vetrappenniss habe sich im Jahre 1872 auf 43,800 Thlr. belaufen, die bereits nach Rom geschickt seien. Im Jahre 1871 waren 50,000 Thlr. eingenommen. Der Ertrag hat also ziemlich bedeutend abgenommen.

Siegburg. 22. Februar. Gestern wurde dem früheren Stadtverordneten Hrn. Samuel Haast Bürger (liberal) eine Orsinibombe in's Haus geschleudert, die jedoch glücklicherweise nicht explodirte.

Erfurt. 22. Februar. Zur Kennzeichnung der Sprache des Pamphlets, wegen dessen der hiesige Advokat Laporte verhaftet wurde, mag folgende Apostrophe dienen, die er an die eingewanderten Deutschen und die deutschgesinnten Elsässer richtet:

Sie mögen sich in Acht nehmen und den Strang nicht zu straff anziehen! Niemand hier ist bis jetzt noch gesonnen, vor dem Hute des Geßlers das Haupt zu entblößen. Der Elsässer ist zwar geduldig, aber auch tapfer und stolz! Es giebt Dinge, die man ihm nicht antauchen darf! Wenn man sich an seinem Kultus vergreift oder eines seiner Verbrechen gegen die Gerechtigkeit begiebt, welche die Erde erschauern machen oder die um Nacht den Himmel schreien, das Verbrechen des Targuin gegen Antiochia oder das jüdische des Tyrannen Apollon gegen die Tochter des Tribunen, dann mehr über diejenigen, die es verordnet oder begangen haben! Sie mögen erörtern, wenn sie eines Tages den ersten besten Elsässer ihnen zurufen hören: „Ich kündige euch den Bürgerkrieg an!“ Denn wißt ihr auch, ihr vermeintlichen Preußen, was es ist, dieser Bürgerkrieg, von dem glücklicher Weise nur zwei bis drei beschränkte Beispiele in unsern Annalen verzeichnet sind? Paßt auf! An dem Tage, da dieser unheilswangere Ruf in euren Ohren widerhallt, bedeutet, daß ihr alsdann sammt eurer Herrschaft, euren Vaterlande und euren Familien verloren seid. Alsdann weiset nicht mehr länger unter einem Dache, denn es wird einfliegen, um euch darunter zu begraben: bleibet nicht in unsern Städten, in euren Kasernen, euren öffentlichen Gebäuden: denn sie werden in die Luft gesprengt. Geht nicht auf die Straße, denn die Flagel fallen von den Dächern, um euch zu erschlagen. Fliehet nicht längs der Wege und der Wälder, denn hinter jedem Baum, in jedem Gebüsch lauert der Tod. Laßt euch nicht an den Ufern der Flüsse blicken, denn überall wird sich eine unsichtbare Hand ausstrecken, um euch hineinzuwerfen. Schlafet in keinem Bette mehr, denn überall wacht der mit dem Dsch bewaffnete Tod an euren Lager! Eset von keinem Gerichte mehr, trinket nicht einmal das Wasser von unsern Brunnen, denn ihr findet die Vernichtung darin! — Fliehet schleunigst diesen von euch beschnittenen Boden, der euch Alle verschlingen wird! — Denn alsdann wird Alles auf euren Kopf, um euch zu vernichten: Luft, Wasser, Eisen, Feuer, Gift, die Elemente, die Feuersbrunst — nichts wird mehr verschont, weder Rang, Alter noch Geschlecht. Eure Pulvermagazine werden in die Luft gesprengt, eure Wachen, eure Beamte durch unsichtbare Hände niedergemacht, die öffentlichen Kasernen geplündert, eure Eisenbahnen, Telegraphen und Magazine zerstört. Aus allen Verstecken bricht Tod und Verderben über eure Häupter herein. — Alsdann merdet ihr erfahren, was der Wille eines Volkes vermag, das, in die Enge getrieben, für sein Recht, seine Freiheit, seine Religion und die Gerechtigkeit sich in den Kampf stürzt! u. s. w.

Wie aus Schweiler gemeldet wird, hat sich eine Anzahl Lehrer, wegen vorgekommener Meinungsverschiedenheiten mit etlichen Gemeindebehörden in Betreff der Gehaltsbezüge, mit einem Gesuch an den Fürsten Reichsgraf von Hohenhausen gewendet und um praktische Interpretation des Gesetzes vom 4. Juli 1872 gebeten. — Der Erbprinz von Oldenburg wird im bevorstehenden Sommersemester zur Fortsetzung seiner Studien die hiesige Universität besuchen.

Meß. 21. Februar. Gestern und heute fand hier das Kreis-erschafte statt, wozu sich eine größere Anzahl junger Leute versammelten. Das Geschäft verlief in vollständiger Ruhe und Ordnung. — Am 12. fand hier die Prüfung derjenigen jungen Leute statt, welche sich zum Einjährig-Freiexamen gemeldet haben. Von 14 Angemeldeten wurden 9 zum Einjährigendienst angenommen. (Ztg. f. Lothr.)

Frankreich

Paris. 23. Febr. Der Marquis von Francien, einer der intimen Anhänger des Grafen Chambord, hat an den Herzog von Anmale einen langen Brief gerichtet, in welchem er diesem gleichsam in extremis die Sache des legitimen Königthums an's Herz legt. Er schildert die seiner Meinung nach rettungslose Lage der französischen Republik, ergibt sich in den schärfsten Ausfällen gegen Herrn Thiers und dessen angebliche Diktatur und schließt dann wie folgt:

Und Angesichts dieser uns drohenden Agonie bleibt die Familie Ihrer königlichen Hoheit in abwartender Haltung, spaltet auf diese Weise alle monarchischen Kräfte und überläßt unser Vaterland den Zukunften, die es bald zu Grunde richten werden. Ist es möglich, daß eine Nation sich durch die Schuld einiger Personen und Ihrer königlichen Hoheit insbesondere zum Untergang verurtheilt? Ist es möglich, daß die große Bewegung der Umkehr, die sich in allen Geirtern vollzieht und mit Recht auf das Königthum als unseren einzigen Rettungsbojen vor der Revolution und dem Landesverfall hinweist, sich in der Schöpfung einer jüngeren Linie in der jüngeren Linie verlieren könnte, wie man glaubt, daß dies die Absicht Ihrer königlichen Hoheit sei. Gewiß nicht, Monseigneur, Frankreich ist eine Nothwendigkeit für die ganze Welt; es beweist mit jedem Tage mehr, daß es die älteste Tochter der Kirche bleiben will; dies genügt, damit es sich in seiner ganzen Kraft und in seinem ganzen Glanze wieder aufrichte vermöge jenes Lebensprinzips, die es zu dem gemacht hatte, was es heute nicht mehr ist. Ihre königliche Hoheit kann, das gebe ich zu, den Augenblick der Befreiung verzögern und über uns den Sturm entfesseln, welcher die Trümmer aufhört und das Blut strömen läßt; aber Sie werden das Opfer Ihres eigenen Irrthums sein und uns doch nicht verbinden, die uns von der Vorlesung vorgeschriebene Laufbahn wieder aufzunehmen.

Nachdem soeben ein Skandalprozeß wegen Kuppelei in einem Hause der Straße Suresnes zum Abschluß gelangt ist, bereitet sich für das sensationellbedürftige pariser Publikum ein noch großartigerer vor. Zwei junge Unterbeamte des Finanzministeriums, Namens Toupard und David, hatten sich mehrere Diebstähle verdächtig gemacht

und die bei ihnen vollzogene Hausdurchsuchung führte nicht nur zur Entdeckung der im Ministerium verheimlichten Gegenstände, sondern auch noch eines Packets blutbesetzter Kleidungsstücke. Da man bei ihnen außerdem noch schwarze Sammetmägen mit einem rothen Abzeichen fand, von welchen die Polizei schon längt wußte, daß sie einer sehr gefährlichen jugendlichen Diebsbande zum Erkennungszeichen dienten, so verdoppelte die Behörde den Eifer ihrer Nachforschungen und ermittelte noch zwölf Mitschuldige der beiden genannten Verbrecher, die nun bereits überführt sind, gemeinsam in Paris eine ganze Anzahl von schweren Diebstählen und sogar Raubmorden ausgeführt zu haben. An der Spitze dieser Bande stand der 14-jährige Uhrmacherlehrling Galignier und der 17-jährige Eugen Renault, zwei unglücklich verdorbene Knaben, die auch noch durch die Bande eines wider natürlichen Pasters an einander geknüpft waren. Galignier soll das Haupt dieser Bande gewesen sein, von der es nur ersichtlich ist, daß sie so viele und schwere Verbrechen mitten in der Hauptstadt begehen konnte, ehe es der Behörde gelang, ihr auf die Spur zu kommen. So überfielen Toupard und David mit zwei ihrer Spießgesellen in Charenton einen Unbekannten, brachten ihm 18 Messerstücke bei und raubten ihm 250 Francs in Gold; in Babillette tödtete Toupard ein anderes Opfer durch zwei Messerstücke in den Hintertopf und warf im Verein mit David und einem Dritten den Leichnam in den Kanal Saint-Martin; zwei ähnliche Raubankfälle, nur wie es scheint, ohne tödtlichen Ausgang, wurden in der Rue Rochedouart und in den Buttes de Chaumont ausgeführt und die Zahl der Einbrüche und Erpressungen von Personen, welche bei einzelnen Mitgliedern der Bande die Befriedigung eines wider natürlichen Triebes suchten, ist Legion. Alle diese Unthaten sind mit den Details von Galignier eingefandten und von mehreren seiner Mitschuldigen bestätigt worden und es steht demnach ein Mordstreppe der haarsträubendsten Art bevor.

Spanien

Madrid. 19. Februar. Die Physiognomie der öffentlichen Zustände in Madrid hat ihr altes Aussehen wiedergewonnen. Die unschuldigen Zusammenrottungen auf den Straßen, die friedlichen Umzüge mit rothen und anderen Fahnen, Weiber mit phrygischen Mützen an der Spitze, sind verschwunden, und die Minister, welche sich zu Fuß nach dem Kongreßpalaste begeben, werden nicht mehr zur Abhaltung von Reden auf der Straße genöthigt, wie dies kürzlich dem Präsidenten der Exekutivgewalt auf einem Gange dreimal passirte. Ein an allen Straßenecken angeschlagener Erlaß des neuen Oberbürgermeisters dankt der Bevölkerung Madrids für die in den jüngsten Tagen entwickelte besonnene Haltung und ermahnt die Männer aus dem Volke, die noch an mehreren Punkten Wachposten aufstellen, zu ihren gewohnten Beschäftigungen zurückzukehren, da fortan die Regierung für die öffentliche Ordnung einsehe. Die „Gualdad“ bringt einen feierlichen Protest vieler Distriktsvorstände und Chefs der Bürgermilitär gegen den Einbruch eines bewaffneten Haufens in den königlichen Park des Pardo, wo mehrere hundert Stück Kleinwild aufgeschossen wurden. Die Guardia civil hat diesen Wilschützen ihre Beute abgejagt und in den verschiedenen Wohlthätigkeits-Etablissements ging es in diesem Tage hoch her. — Bedauerliche Ereignisse haben in der Provinz Cordoba, in Mantilla und Aquilar y Fuentes stattgefunden, namentlich in ersterer Ortschaft, wo es viele reiche Weinbauer giebt. Scharen bewaffneter Landleute drangen mit Tagesanbruch in die Häuser der am meisten begüterten Grundbesitzer ein, ließen den Wein in den weithändigen Kellern auslaufen und setzten Feuer angelegt und mehrere Todtschläge verübt haben. Auch in mehreren Orten in der Nähe von Saragossa wurden die Gemeindebehörden zum Rücktritte gezwungen und durch Wohlfahrtsausschüsse ersetzt; in Saragossa selbst ist die Verkündigung der Republik von großartigen Freudenbezeugungen begleitet gewesen. Ein Festzug fand statt und die öffentlichen Gebäude waren erleuchtet. Alle monarchischen Mitglieder des Gemeinderathes traten zurück und wurden durch Republikaner ersetzt; auch wurden sämtliche politische Gefangene republikanischer Farbe aus der Haft entlassen.

Türkei und Donausürstenthümer

Alexandria. 10. Februar. Der Plan, Jerusalem mit seiner Hafenstadt Jaffa durch eine Eisenbahn zu verbinden, scheint nun doch verwirklicht werden zu sollen. Die von der türkischen Regierung für diesen Zweck ertheilte Konzession ist vor einiger Zeit in die Hände des Engländers Hugh Forbes gelangt, der alle Bürgschaften einer raschen Ausführung des Unternehmens bietet. Er hat bereits Ingenieure abgeordnet, welche die Vorarbeiten begonnen haben, und denen in diesen Tagen noch einige folgen werden. Dieselben sind meistens Franzosen, die oberste Leitung des Baues übernimmt Forbes selbst. Bis zu Ende des April hofft man mit dem Studium des Terrains fertig zu sein und mit den Erdarbeiten beginnen zu können. Jaffa ist von der heiligen Stadt 75 Kilometer entfernt, eine Strecke, von der ein Drittel auf die Küstenebene kommt. Die Bahn wird fünf Stationen haben. Da Jerusalem 750 Meter über dem Meere liegt, so muß die Bahn einen Umweg nach Bethlehem machen, welcher Stadt sie bis auf etwa drei Kilometer nahe kommen wird. Trotz jener hohen Lage Jerusalems aber werden die Steigungen der neuen Schienenstraße nirgends größer als 16 Millimeter sein. Nach dem Ferman, der die Konzession enthält, hat der Unternehmer das Recht auf Ausbeutung der Steinbrüche und Mineralienlager, welche sich zu beiden Seiten der projektirten Linie finden, bis auf eine Entfernung von je 10 Kilometern. Unzweifelhaft wird die Bahn den Besuch der heiligen Stätten Palästinas steigern, an eine besondere Rentabilität derselben jedoch kann man nur in dem Falle glauben, daß man bei der Ausbeutung jener Brüche und Mienen auf werthvolle Erze oder Steine stoßen sollte.

Vom Landtage.

50. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin. 25. Februar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministerpräsidenten Dr. Falk, Abendach und mehrere Kommissarien. Die zweite Beratung des Etats des Kultusministeriums und die gestern unterbrochene Diskussion über die Pos. 115 Oberkirchenrath wird fortgesetzt.

Abg. Glaser: Ich gebe zu, daß dem Oberkirchenrath in seiner gegenwärtigen Verfassung ein unzulängliches Recht zusteht. Bei der gegenwärtigen Lage der Kirche, bei den Spannungen innerhalb derselben, bei der schwierigen Lage, die die Kirche dem Staate gegenüber hat, ist es wahrlich zu wünschen, daß die protestantische Kirche eine Vertretung hätte, die in sich selbst begründet und nach keiner Seite hin abhängig wäre. Das ist leider nicht der Fall; der evangelische Oberkirchenrath erstreckt seine Autorität nicht einmal über sämtliche protestantischen Kirchen der atlantischen Provinzen; in Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau vertritt der Kultusminister diese Stelle und er hat schon gestern auf die Schwierigkeit seiner Stellung hingedeutet: auf der einen Seite ist er Vertreter des Staates, auf der andern Organ der Kirche; er geräth also mit sich selbst in Konflikt. — Auch darin bin ich mit den Gegnern einverstanden, daß der Oberkirchenrath nicht dasjenige geleistet hat, was von ihm erwartet wurde, nämlich der protestantischen Kirche eine Verfassung zu geben. Ich will aber den Vorwurf nicht den Personen machen, sondern der Grund

liegt in der ungünstigen Stellung, welche er einnimmt. Von dem Grund, die für eine Nicht-Bewilligung der Position angeführt wurden, scheint mir nur einer wichtig: nämlich der, daß der Oberkirchenrath nicht verfassungsmäßigen Ursprunges sei; er beruht auf einer königl. Verordnung und man hat geglaubt, die Summe abgeben zu können. Der Herr Minister hat schon gestern darauf hingewiesen, daß die Verfassungsmäßigkeit nicht angezweifelt werden könne und meine Ansicht ist dieselbe. Seit 1850 ist die Position Jahr für Jahr bewilligt worden. Der Abgeordnete Müller hat eine Zahl von Entscheidungen des Oberkirchenrathes angeführt, die ihm nicht gefallen. Wenn einem Mitgliede des Hauses die Entscheidungen nicht gefallen, so folgt doch nicht daraus, daß das Haus die Position nicht bewilligen soll. Er hat ferner die Nicht-Verantwortlichkeit der Behörde betont, die zu wenig unter dem Einfluß des Ministeriums stehe; meiner Ansicht nach steht sie viel zu sehr unter diesem Einfluß. Ein weiterer Grund ist, man wisse nicht, wie die Entscheidung in der Angelegenheit des Prediger Sydow ausfallen werde. Mag diese Entscheidung ausfallen wie sie will, sie wird nicht endgültig sein. Ferner hat der Abg. Müller sein Vertrauen zu dem gegenwärtigen Präsidenten des Oberkirchenrathes; der Herr Kultusminister hat dagegen gestern ausgeführt, was für eine Persönlichkeit der Präsident ist. Aber weder das Vertrauen des Abg. Müller, noch das Vertrauen des Herrn Ministers kann mich bestimmen; ich bewillige die Summe, weil der Präsident auf gelegentlichem Wege zu seiner Stelle berufen ist. Der Oberkirchenrath wird ja nun Hand anlegen, daß er ein Organ der Kirche werde, und daß endlich eine Verfassung zu Stande kommt.

Abg. Dr. Birchow: Nach den gestrigen Bemerkungen des Kultusministers gegen einige meiner Freunde fühle ich mich verpflichtet, unsere Stellung bestimmter zu bezeichnen. Ich darf daran erinnern, daß wir in jeder Session den Versuch erneuert haben, die in Frage stehende Position abzulegen. Wenn wir zum ersten Male diesen Versuch machten, so läge die Sache anders. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir den Oberkirchenrath für nicht-verfassungsmäßig und seine Organisation für unzweckmäßig halten; weder seinem Ursprung noch seiner Existenz nach hat er ein Anrecht so fortzubestehen, wie er besteht. Es würde sich nur fragen, ob die gegenwärtige Situation eine so große Aenderung hervorgerufen hat, daß wir von einem solchen Antrag, den wir immer für Recht gehalten und immer vertreten haben, zurückzusehen sollten. Es liegen zweierlei Umstände vor: der Herr Kultusminister ist neu eingetreten und es ist ein neuer Präsident des Oberkirchenrathes angetreten. Diese könnten zum Abwarten veranlassen. Dieser Grund ist vollkommen gerecht vom Standpunkte des Kultusministers aus und ich mache ihm keinen Vorwurf, aber ich halte, daß man auch uns seinen Vorwurf mache. Wir erkennen es nicht als richtig an, daß ein Minister ohne ein bestimmtes Programm eintritt; denn es wäre sehr wünschenswerth, im Voraus abnen zu können, was aus der Sache werden wird. So entwickelt sich ein Programm erst nach und nach und wir befinden uns fortwährend im Werden. Wenngleich wir das Entschiedenemal mit großer Theilnahme entgegennehmen können, so ist das doch kein entscheidender Grund aus unserer Antrag zu verzichten. Ein anderer Grund für denselben liegt in den kirchlichen Verhältnissen überhaupt. Der Herr Kultusminister hat mit einer gewissen Erregung darauf hingewiesen, daß es sich nicht geizige, in einer Zeit, wo schon so viele kirchliche Schwierigkeiten existiren, auch diese noch zu erheben. Wir haben die Meinung, diese Schwierigkeiten sollten dem Herrn Kultusminister ein Fingerzeig sein, daß er nicht auf dieser Bahn weiter gehe und sich einen neuen Klerus schafft, der nach kurzer Zeit eine neue Schwierigkeit für die Staatsverhältnisse hervorbringen wird. Er hat schon gestern einiges unwillkürlich angedeutet; als er von der evangel. Kirche und der ihr verfassungsmäßig eingeräumten Stellung sprach, hat er sich auf die evang. Landeskirche bezogen, aber auch gesagt, sie gebe über Preußen hinaus. Wenn sich die evang. Kirche über den ganzen Erdkreis verbreitet, wie die kathol., wenn Sie von einer freien Kirche sprechen, die sich selbst organisiren soll, auch sogar der Abg. Glaser, der doch sonst nicht für die freie kirchliche Organisation begeistert ist, so frage ich ihn, was für eine Freiheit meint er denn? Seiner Meinung nach ist es eine Wohlthat für uns, wenn sich eine evang. Landeskirche mit fest gestalteter Hierarchie entwickelt, ausgestattet mit besonderen Rechten. Wir haben dagegen ausgesprochen, daß wir der religiösen Freiheit vollen Boden schaffen, wenn wir die kirchlichen Gemeinden ausstatten mit allen Rechten, die nothwendig sind, um die freie Religionsübung zu sichern. Wenn diese Gemeinden sich nachher organisiren wollen, wenn sie zu Organisationen schreiten wollen, die innerhalb der Staatsgesetze möglich sind, so habe ich ja nichts dagegen, aber ich habe nicht die Meinung, daß man dazu nur eine Behörde zu schaffen braucht, wie den Oberkirchenrath, der einerseits eine Art Staatsorganisation darstellt und andererseits die höchste Gewalt in der Kirche repräsentiren soll. Die Geschichte aller Hierarchien hat gelehrt, daß jede derartige Schöpfung dahin führen muß, diese Hierarchie als eine wirkliche Macht der Staatsgewalt entgegenzustellen, und Niemand wird bestreiten, daß sich aus solchem Machtverhältnis schließlich ein Kampf entwickelt. Wozu wir, die wir eine solche Kirche gar nicht haben, uns in die Lage versetzen wollen, auf höchst kunstvolle Weise von oben herunter diese Organisation zu machen, den Oberkirchenrath als die kompetente Stelle anzuerkennen, die gelegentlich auch über die Dogmen aller Art entscheiden kann, die dieselbe Unfehlbarkeit beanspruchen kann, wie der Papst, das vermag ich nicht zu begreifen. Die bei uns in Preußen traditionellen Gesichtspunkte sind ja allerdings durch die Verfassungsartikel aufgegeben, und ich verstehe nicht, wie jene sonderbare Fiktion vom kirchenherrlichen Regiment, die mit dem Straßensystem genau auf derselben Linie steht (Heiterkeit) — welchen ich in voriger Session hier einmal ausführlicher behandelt habe, — noch in die heutigen Verfassungsverhältnisse hineinzuwinkeln kann. Dieselbe beruht der Verfassung gegenüber auf keiner Rechtsbasis, und ich kann nicht anerkennen, daß diese ganze Art, wie der Herr Kultusminister in der Organisation der evangelischen Kirche vorgeht, indem er sich zuerst einen Präsidenten des Oberkirchenrathes aussucht, der seiner Meinung nach geeignet ist, dann wieder andere Dinge durch ihn schaffen läßt, die diesem geeignet scheinen, jene unschädliche und doch freiheitliche Entwicklung der Kirche herbeiführen soll, von der man hier so viel träumt. Einfacher wäre es, wenn man den Oberkirchenrath vollständig suspendirte und die Sache, soweit sie staatlich geleitet werden muß, von einer verantwortlichen Person leiten ließ. Zwischen könnte man anfangen von der Gemeinde aus die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche herzustellen. Das thut der Freie und Ernsthaftigkeit der Religionsübung keinen Eintrag, wie z. B. das Judenthum zeigt. Dieses hat der Weltgeschichte die merkwürdige Erscheinung abgeben, daß es beide ohne besprochenen Formen nach einander durchlebt hat. Lange herrschte es als reine Theokratie in einem besonderen Staat, nachher setzte es sich auf der Basis der freien Gemeinde fort. Zu welcher Zeit es fruchtbarer war, seine Angehörigen besser zusammenhielt und mit dem Geiste religiöser Ueberzeugung durchdrang, mag dahingestellt sein; jedenfalls steht in dieser Beziehung die zweite Periode der ersten nicht nach. Viel man die Klagen der alten Propheten über den Unglauben in Israel, so finden wir in heutiger Zeit bei uns ganz Ähnliches. Ich glaube nicht, daß man daraus eine Verschlechterung der religiösen Situation des Judenthums ableiten kann. Dieses Beispiel zeigt aber, wie auch der Katholizismus ohne den Papst und die evangelische Kirche ohne den Oberkirchenrath existiren könnte. (Heiterkeit und Beifall links.)

Referent Abg. Miquel: Zweifelloß ist die Aufgabe des Oberkirchenrathes, der evangelischen Kirche eine Synodalverfassung zu verschaffen und ihr eine selbstständige Stellung zu geben, noch nicht erfüllt. Es bestehen über die verfassungsmäßige Stellung des Oberkirchenrathes verschiedene Ansichten. Wenn die Position seit vielen Jahren hier vom Hause bewilligt worden ist, so wird dadurch die Frage, ob das Haus das Recht hat, die Position abzulegen, in keiner Weise alterirt. Haben wir das Recht dazu, dann behalten wir es auch, wenn wir in diesem Jahre die Position nicht bewilligen; eine prinzipielle Verfassungsfrage wird hierbei nicht entschieden, es handelt sich nur um eine Opportunitätsfrage. Wie lag die Sache früher? Jährelang ist die Position bewilligt worden, obwohl irgend ein bestimmter Wille den Oberkirchenrath seinem Verufe zuwider nicht vorhanden war und derselbe keine Anstalten machte seine Aufgabe zu lösen. Heute haben wir die

(Fortsetzung in der Beilage.)

Tagesübersicht.

Posen, 26. Februar.

Die europäische Politik hat seit dem Tage von Sedan eine außerordentlich gemüthliche Gestalt für uns Deutsche angenommen. Wir sind in der Lage, die Streitigkeiten und inneren Kriese der romanischen Völker mit Gemüthsruhe zu verfolgen, ohne direkt von denselben berührt zu werden. Und doch können wir von uns sagen, daß uns ein tiefes Interesse für all diese geschichtlichen Prozesse erfüllt. Die deutsche Presse verfolgt die Angelegenheiten der Schweiz, Frankreichs und Spaniens aufmerksamer und systematischer als die Presse jener Länder selbst. Alle deutschen Journale bringen prompt und im Zusammenhang Mittheilungen und Betrachtungen über die Ereignisse in jenen Ländern, während die Journale der Schweiz und Spaniens kaum noch eine eingehende Betrachtung über die dortigen Vorgänge aufzuweisen haben.

Frankreich ist in dieser Hinsicht prompter. Allein was die dortige Journalistik jetzt leistet, ist ein getreues Abbild des politischen Lebens im jetzigen Frankreich. Wie echte Schulbuben lassen die Abgeordneten in der Nationalversammlung von Bank zu Bank „höchst boshafte Briefe“ umlaufen, worin die Rechte dem rechten Zentrum und umgekehrt „Verrath“, „Felonie“, „Doppelzüngigkeit“ und ähnliche Ehrentitel an den Kopf wirft; worin die ältere Linie des Hauses Bourbon die jüngere behandelt, wie in den stürmischsten Sitzungen der politischen Kämpfe, während die Blätter der streitenden Parteien wie verschlachtete Friedenstauben umherflattern und zu beschwichtigen suchen. Und hinein tönen die Predigten Louis Veuillot's, daß der Bürgerkrieg gar nicht zu verachten, ja, unter Verhältnissen „très-nécessaire, très-sage et très-louable“ sei, wozu das Siegel den Zusatz macht: „Se, tapferer Mann, wir wissen es schon, daß Sie ihn lieben! Würden Sie sonst die St. Bartholomäusnacht, die Dragonaden, die Rasfaceres des Südens lieben?“ — Herr Thiers hält die dissoluten Elemente zur Noth noch zusammen, so lange unsere Okkupationsarmee auf französischem Boden steht. Sobald sein höchstes Ziel, die Räumung des französischen Gebietes erreicht sein wird, ist es auch mit seinem Latein und seinen Hausmitteln zu Ende — ebenso aber auch mit seiner Präsidenschaft. Die Linke wartet nur auf den Moment, auf den Alle warten, der aber nur ihr oder ihrem Ensemble, den Monarchisten gehören wird. Für Thiers wird alsdann kein Platz mehr sein, weil er für die Radikalen zu konservativ und für die Konservativen zu radikal ist.

In Spanien sehen die Dinge jetzt wirklich etwas kritisch aus, theils im Hinblick auf die Carlistische Insurrektion, theils im Hinblick auf die Bestrebungen der Sozialisten und Kommunisten. Die Entscheidung liegt auch hier in den Händen der Gewalt. Aber noch weiß Niemand, wer diese in erster Linie in der Hand hat. Der Appell an das spanische Volk ist ein unberechenbares Experiment, weil dieses Volk weder an eigenes Denken, noch an eigenes Handeln gewöhnt ist.

In der Schweiz denkt das Volk zwar selbst, aber die Pfaffen scheinen dort vorerst noch zu lenken! In Genf bereitet sich eine Agitation vor, um die Ausweisung Mermillods rückgängig zu machen und in Basel Solothurn, resp. auch in St. Gallen werden bereits Anstalten zu einem neuen Sonderbundskriege gemacht. Kurz die Dinge verlaufen dort so, wie es voraussehen war. Die Solothurner Regierung hat heute schon, wie der Telegraph uns meldet, die bewaffnete Macht zusammen rufen müssen. Indessen zweifeln wir an einem endlichen Siege der Staatsgewalt nicht.

Wie vorgestern aus Wien gemeldet wurde, haben die galizischen Abgeordneten zum österreichischen Reichsrath beschlossen, ihre ablehnende Haltung auch den Plenarverhandlungen des Abgeordnetenhauses gegenüber zu bewahren, in eine Berathung über die vom Grafen Soluchowski vorgeschlagenen Konfessionen nicht erst einzutreten und das Abgeordnetenhaus vor der zweiten Lesung des Wahlreformgesetzes zu verlassen. Wenn es nicht polnische Wähler wären, deren Vertretung den betreffenden Abgeordneten obliegt, so könnte vielleicht die Annahme gerechtfertigt sein, daß die resp. galizischen Wahlkreise dieses Verhalten ihrer Mandatäre desavouiren, zum Mindestens jedes Einverständnis damit zurückweisen würden. Aber die polnischen Abgeordneten entsprechen durchaus aus den von ihren Wählern auf sie gesetzten Erwartungen, wenn sie einfach den Geist repräsentiren, der stets verneint. Sie präntendiren eine Autonomie des Theiles, selbst um den Preis einer Gefährdung des Ganzen, die Unabhängigkeit einer Provinz, auf Kosten der Integrität und Sicherheit des Reiches.

Für das auf dieser Seite Folgende
übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine
Verantwortlichkeit.

Gegen Katarrh-Verschleimung und gut als Heilnahrungsmittel.

Prag, den 28. Oktbr. 1872. Die bisher gebrauchten **Malz-Fabrikate** Ihrer Fabrik (das Gesundheitsbier und die Brust-Bonbons) haben bei mir gegen veralteten Katarrh, Verschleimung und Athmungsbeschwerden die besten Dienste geleistet und hoffe, bei fortgesetztem Gebrauch von meinem Leiden ganz hergestellt zu werden. A. Rhode, Waldsheimgasse 154. Kurfürstlicher Palais, Kleinfeste.

Berlin, den 3. Januar 1873. Da Ihr **Malz-Gesundheitsbier** einigen meiner Kunden vorzügliche Dienste that, so bitte ich wiederum mir davon zu senden. P. Münch, Neue Friedrichstraße 99.

An den Kgl. Hoflieferanten Herrn Johann Hoff, Berlin.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plossner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmstraße 6; in **Neutomischel** Herr A. Hoffbauer; in **Deutsch** Herr H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in **Grätz**; in **Schrimm** die Herren Cassariel & Co.; in **Schroda** Herr Fischel Baum; in **Bongrowitz** Herr Horrm. Ziegler; in **Pleschen**: L. Zboralski.

Kurort Salzbrunn im schles. Gebirge.

Die Verendung der altbewährten Heilquellen Oberbrunn und Mühlbrunn hat begonnen. Beide haben einen hohen Ruf als Mittel gegen Krankheiten der **Athmungsorgane** und des **Unterleibes**, da sie mild auflösend wirken ohne zu schwächen. Bei Bestellungen wird um Bezeichnung der Eisenbahnstation gebeten.

Fürstlich Pleßsche Brunnen-Inspection.

In unserer Religionsschule für israelitische Knaben und Mädchen finden Zöglinge jedes schulpflichtigen Alters Aufnahme. Anmeldungen für das Sommer-Semester, für welches noch eine neue Lehrkraft und geeignete Lokalitäten gewonnen werden, sind schon jetzt erwünscht und können täglich bei unserm Rabbiner Herrn Dr. Bloch, Markt Nr. 85, 2 Tr., in den Vormittagsstunden erfolgen Posen, im Februar 1873.

Der Vorstand der israelitischen
Brüdergemeinde.

Nachdem durch Beschluß des Aufsichtsrathes vom 7. d. Mts. die Ausschreibung der dritten Rateneinzahlung auf Actien I. Emission unserer Bank genehmigt worden, werden die Inhaber von Interimsscheinen hierdurch aufgefordert, unter Vorlegung der letzteren, auf welchen die Einzahlungen zu quittiren sind, von jeder Actie 50 Thlr. bis spätestens

den 1. April d. J.

an unsere Kasse bei Vermeidung der im § 7 des Statuts vorgesehenen Folgen, zu bewirken.

Posen, den 25. Februar 1873.

Bank für Landwirthschaft u. Industrie
Kwilecki, Potocki & Co.

Berlinische
Lebensversicherungs-Gesellschaft.
gegründet 1836.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß, nachdem die Herren Annuss & Stephan unsere Haupt-Agentur in Posen niedergelegt, unser sehr geehrter langjähriger Vertreter, der Haupt-Agent

Herr M. C. Hoffmann in Posen

(Wilhelmstraße Nr. 9), einstweilen freundlichst das Incasso derjenigen Prämien übernommen hat, welche bisher an der Casse der Herren Annuss & Stephan bezahlt wurden. Wir ersuchen daher die betreffenden Herren Versicherten, ihre Prämien gefälligst an den genannten Herrn abzuführen, der gleichzeitig zur Ertheilung jeder unsere Gesellschaft betreffenden Auskunft, sowie zur Aufnahme von neuen Anträgen bereit sein wird.

Berlin, den 25. Februar 1873.

Direction
der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.
Busse,
vollziehender Director.

Superphosphate,

Kalifalze, Düngergypß, sowie alle sonstigen Düngestoff-Präparate empfiehlt unter Garantie des Gehalts

Ostdeutsche Producten-Bank.

Knochenmehl gedämpft und präparirt,
Superphosphat aus Vater-Guano
und Knochenkohle, Ammoniak- und
Blut-Superphosphat, Chili-
Salpeter, Schwefelsaures Am-
moniak, Schwefelsäure und Sal-
petersäure offerirt unter Gehaltsgarantie
Chemische Dünger-Fabrik
Moritz Milch & Co.

Deutsche Lotterie.

Ziehung 4. Juni cr.

Loose à 1 Thlr. Pläne 2c.

bei den Lotterie-Einnehmern Ed. Bote & G. Bock,
Wilhelmstraße, Ed. Jansen Nachfolger.

Circus Salamoński.

Donnerstag den 27. Februar 1873:

Große Extra-Gala-Vorstellung.

Benefiz

für den populären englischen Clown

Charlie Keith.

Mit ganz neuem Programm.

Alles Uebrige besagen die Aufschlage- und Austragzettel.

Zu dieser meiner Benefiz-Vorstellung erlaube ich mir ein hochgeehrtes Publikum ganz ergebenst einzuladen.

Charlie Keith.

!! Zur gefälligen Beachtung !!

Permanente
Gemälde-Ausstellung
von J. Lissner.

Nr. 5. Wilhelmstraße Nr. 5.
Entrée 5. Sgr.

Die in dem 2. Turnus ausgestellten Gemälde
stehen nur noch

bis zum 2. März cr.

zur Ansicht, worauf ich ein geehrtes Publikum
ergebenst aufmerksam mache.

Geschlechts-krankheiten, Pollutionen, Geschlechts-
schwäche, Impotenz, Syphilis, Genor-
rhoe und Weissfluss wird in 3-5 Tagen
nach einer ganz neuen Cur-Methode in meiner Poliklinik gründlich be-
seitigt. Specialarzt Dr. Helmsen, Berlin, Hegelplatz Nr. 1. Ausw.
briedlich. — Schon Tausende geheilt.

Einen großen Transport Rehbrucher Kühe,



ihells frischmel-
kende mit Räl-
bern, auch hoch-
tragende (besten
Races), werde ich
Freitag
d. 28. Febr.,
früh,



St. Adalbert Nr. 46/47 zum Verkauf stehen haben.

W. Hamann, Viehlieferant.

„Royal“-Mähemaschinen

von Samuelson & Co., Banbury, England,

prämiirt mit dem ersten Preise bei dem
großen Concurrrenz-Wähen auf den Kaiserl.
Besitzungen bei Prag am 31. Juli 1872.

Dieselben befinden sich auf Lager in meiner Nieder-
lage landwirthschaftlicher Maschinen, Halldorfstr. 13
und ersuche ich die Herren Landwirthe um gefällige baldige
Aufträge, um vor Beginn der Ernte rechtzeitig liefern zu
können.

Carl Bonemann, Civil-Ingenieur,

Posen, Halldorfstraße 13.

Stollwerck'sche

Brust-Bonbons.

Aus der Fabrik von Franz Stollwerck, Hoflieferant in Köln.

Ueber die Stollwerck'schen Brust-Bonbons attestirt
Dr. Richter in Breslau:

„Die Stollwerck'schen Brust-Bonbons haben vor allen andern gegen
Heiserkeit, Husten 2c. empfohlenen Hausmitteln den ganz besonderen
Vorzug, daß sie nur aus Zucker und Pflanzensaften bestehend, vom
Körper leicht aufgesaugt werden, d. h. eine mit seinen Säften gleichartige
Verbindung eingeben können, wodurch also auch, in der dem Organismus
angemessenen Quantität genossen, die Verdauung nicht gestört wird.“

Die Baugewerkschule

zu Hörter an der Weser

Station der Westphälischen Eisenbahn

beginnt Anfang November ihren Winter- und Anfang Mai ihren
Sommer-Cursus, denen jedesmal ein zweimonatlicher Vorunterricht vorausgeht.

Die Anstalt besteht aus 3 Klassen mit einer Revisions-Klasse,
sie ist eine höhere Fachschule zur Ausbildung der Bauhandwerker
als Baugewerksmeister, so daß die Bauleuten nach Absolvierung der obern
Klasse und Ablegung der Meisterprüfung, welche sehr umfassend ist und unter
engstehender Mitwirkung des hiesigen Königl. Reichs-Bau-Inspectors er-
folgt, ihrer praktischen Berufstätigkeit vollständig gewachsen und
selbständig in der bürgerlichen Baukunst selbst großer Städte und auf dem
Lande, als tüchtige Baugewerksmeister auftreten im Stande sind. —
Programme werden auf Wunsch Portofrei zugesandt.

Anmeldungen sind unter Beifügung der Zeugnisse 2c. an den
unterzeichneten franco einzusenden.

Das Schulgeld beträgt incl. sämtlicher Materialien, Geräte, ärztlicher
Pflege u. s. w. pro Semester 35 Thaler.

Möllinger

Director der Baugewerkschule.

bestimmte Erklärung der Staatsregierung, daß die Einleitungen getroffen sind, um Synodalverfassungen zu schaffen. Dieser Erklärung werden hoffentlich bald entscheidende Schritte folgen. Wenn an dem neuen Präsidenten des Oberkirchenraths getadelt wird, daß er einer bestimmten Partei angehöre, so glaube ich, daß man gänzlich außer Stande ist, irgend einen hervorragenden Mann zu finden, der nicht einer oder der andern Partei angehöre. Es kann also aus der Person ein Grund nicht entnommen werden, dem Oberkirchenrath jetzt, wo er seine Aufgabe lösen soll, die Mittel zu entziehen. Wir werden bei anderer Position, wo 25,000 Thlr. zur Durchführung der Synodalverfassung verlangt werden, Gelegenheit haben, den Plan des Ministers in dieser Beziehung kennen zu lernen. So viel ist unzweifelhaft: ohne Zustimmung des Abgeordnetenhauses kann sie nicht eingeführt werden. Warten Sie also den Erfolg der nächsten Magregeln ab, und bewilligen Sie jetzt die Position.

Bei der Abstimmung wird dem Antrage des Abg. v. Sauten-Tarpuschen entgegen die Position von 29,314 Thlr. für den evangelischen Oberkirchenrath bewilligt; nur die Fortschrittspartei stimmt gegen die Bewilligung.

Zu Kap. 116 Tit. 7 und 8 (Konfessionen in Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau) bemerkt Referent Miquel: die Kommission hat es für nöthig gehalten die Positionen für die einzelnen Konfessionen, die im Etat zusammengeworfen sind, zu trennen. Außerdem ist eine Summe von 3870 Thlr. gefordert, um für die drei hessischen Konfessionen ein Gesamtkonfessionsministerium zu schaffen. Die Regierung hat die Frage, ob dadurch in der Kompetenz etwas geändert wird, vereint. Es war nur die Absicht, eine zweckmäßigere Einrichtung zu treffen. Die Beamten der Konfessionen verwalten ihr Amt nur als Nebenamt, also ist das Konfessionsministerium durch Verletzungen häufigen Personenveränderungen ausgesetzt. Durch die Herstellung eines Gesamtkonfessionsministeriums würden die Beamten dauernd besetzt werden. Ich empfehle Ihnen also, die Summe zu bewilligen.

Kultusminister Dr. Falk: Ich habe nur die Verpflichtung, das Thatsächliche, was der Referent vorgetragen, zu bestätigen. Es handelt sich nur um eine Zusammenfassung der Kräfte aus den Gründen, die eben mitgeteilt sind. Ich bin dringend von allen Seiten aufgefordert worden, wenn nicht weitere Schritte geschehen, mindestens zu diesem Schritte die Zustimmung des hohen Hauses zu erzielen. Ich konstatire, daß damit der weiteren Entwicklung der Dinge in keiner Weise präjudicirt ist. Es liegt in der Organisation mancher Mängel, der Beseitigung bedürftig. Die Frage der Synodalverfassung ist in keiner Weise präjudicirt; sie wird in Hessen eben so durchgeführt werden, wie es für alle Provinzen unter allgemeiner Anerkennung in Aussicht genommen ist.

Hierauf wird diese Position nach dem Antrage der Budgetkommission zerlegt und die Extraforderung bewilligt. Zu Kap. 117 (Evangelische Geistliche und Kirchen) und Kap. 120 (Katholische Geistliche und Kirchen) sind 398,904 Thlr., resp. 449,677 Thlr. für Besoldungen und Zuschüsse ausgesetzt. Die Abg. Richter (Hagen), Richter, Birchow, Blantenburg und Göke beantragen neben einigen materiellen Aenderungen der zu bewilligenden Summen, die unerheblich sind, zu diesen Kapiteln folgende zwei Resolutionen: die Staatsregierung aufzufordern, 1) im nächsten Etat die auf speziellen Gesetzen beruhenden Ausgaben nach Maßgabe derselben zum Gegenstand besonderer Titel zu machen, sowie auch die übrigen auf diesen Titel angewiesenen Ausgaben nach Zweck und Entschuldigungsgrund theilweise zu sondern; 2) in der nächsten Session ein Verzeichniß derjenigen Ausgabenpositionen mitzutheilen, welche nach Emanation resp. Einführung der Verfassungsurkunde auf diese Titel neu angewiesen oder von anderen Titeln übertragen sind.

Abg. Richter bekundet seine Abneigung mit selbständigen Anträgen neben denen der Budgetkommission vorzugehen, sieht sich aber in diesem Falle dazu gezwungen, weil die Kommission an dem Tage, an welchem sie die Vorlage genehmigte, in Folge konkurrierender Arbeiten von sieben anderen Kommissionen so unvollständig besetzt war, daß die Minderheit im Hause zufällig die Mehrheit in der Kommission bildete und abweichenden Ansichten der Weg zur Kenntniß des Plenums zu gelangen, vollständig abgeschnitten wurde, wenn sie nicht die Form selbständiger Anträge annehmen. Es handelt sich im vorliegenden Fall um die Anerkennung der vom Staate den Kirchen zu gewährenden Zuschüsse, bevor noch die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche bezüglich des Kirchenvermögens stattgefunden hat.

Referent Miquel will einstweilen den status quo anerkennen und hält es nicht für gerathen, an ihm zu rütteln. Dagegen hält Abg. Glaser es an der Zeit, vor allen Dingen eine alle und dringende Schuld an den hervorragenden Gläubigen abzutragen. Im Jahre 1810 hat man Kirchenvermögen eingezogen, um die Kontribution an Frankreich bezahlen zu können; wäre es nicht an der Zeit, dies gewaltsam gemachte Darlehen jetzt aus den französischen Willkürden zurückzahlen? (Beifall rechts.) Das mag unliebsam klingen zu einer Zeit, wo das Interesse an der Kirche, wie der verminderte Besuch aller theologischen Fakultäten beweist, die Herzen der Menschen nicht erfüllt; aber gerecht ist es doch. Die Resolutionen haben den Zweck, das Kirchenvermögen zu schützen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Der Vertreter der Staatsregierung theilt den Wunsch nach Wiederherstellung des säkularisirten Kirchenvermögens an den ehemaligen Besitzer nicht und hält Thatsachen, die der Geschichte angehören, nicht für diskutabel. Mit dem Gedanken an die von den Antragstellern ins Auge gefaßten Auseinandersetzungen ist die Regierung wohl vertraut und möchte nur nicht eine Zugabe auf so rasche Erfüllung jenes Wunsches machen, wie sie von den Antragstellern verlangt wird. — Abg. Richter (Hagen) bezeichnet die Forderung Glasers, der Kirche alles säkularisirte Gut von der Zeit der Reformation an bis zur Zahlung der französischen Kontribution zurückzugeben als den Ausdruck eines seltsamen und verfassungswidrigen Gelüstes. Für die Leistungen des Staates an die Kirchen giebt es keine andere Quelle als die Verfassung; was man ihr sonst giebt, wird ihr lediglich ex gratia gegeben, ein Anspruchsrecht besitzt sie nicht. Der Zweck der (oben kurz bezeichneten) Anträge ist die Unterbrechung zwischen den verfassungsmäßig zu leistenden Beiträgen und Zuschüssen zur Erhaltung kirchlicher Einrichtungen und den von der Staatsregierung zur gewöhnlichen Mitteln für neu auftretende Bedürfnisse sorgfältig aufrecht zu erhalten und einer Vermischung der letzteren mit den ersteren vorzubeugen, damit jenen nicht der Charakter einer verfassungsmäßigen Verpflichtung beigelegt werde, der ihnen nicht gebührt und die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche in Zukunft nicht zum Nachtheil des Staates erschwert werde.

Nach einer längeren Debatte werden die auf veränderte Etatisierung der Kap. 117 und 120 gerichteten Anträge von Richter u. Gen. abgelehnt und die verlangten Zuschüsse der Budgetvorlage gemäß genehmigt. Auch die beiden Resolutionen werden abgelehnt, obwohl der Aufforderung, welche die erste derselben ausdrückt, nach einer nachträglichen Aenderung Richter's nicht nothwendig schon im nächsten Etat nachgekommen werden sollte.

Zu Kap. 118 Tit. 1 (Bisthum Ermland 35,080 Thlr.) führt Ref. Miquel aus: die Budgetkommission empfiehlt Ihnen, diese Summe zu bewilligen und sie nicht erst zum Gegenstand einer aufregenden und nutzlosen Debatte zu machen. Die Regierung hat zwar dem Hause den zwischen ihr und dem Bischof von Ermland geführten Briefwechsel mitgeteilt und uns dadurch gewissermaßen zu einem Urtheil in der Sache provokirt. Aber inzwischen ist die Lage der Dinge eine völlig andere geworden. Die Regierung hat Gesetzentwürfe eingebracht, nach deren Emanation von einem Notstande des Staates gegenüber der Kirche nicht mehr die Rede wird sein können; ferner hat der Bischof wegen Verweigerung seiner persönlichen Dotation den Rechtsweg gegen die Regierung beschritten, so daß die Frage auf diesem Wege schon zum Austrag gebracht werden wird; endlich verlangt die Regierung selbst die Bewilligung der ungeschmäleren Summe. Unter diesen Umständen hofft die Kommission, daß das Haus in allen seinen Theilen auf eine Diskussion über diese Position verzichten wird; es wird im Lauf der Session ja nicht an Debatten fehlen, in denen die Geister heiß genug auf einander plagen können. (Zustimmung im Centrum.) Die Position wird ohne Debatte genehmigt.

Zu Kapitel 123 (Universitäten) beantragt die Budget-Kommission die Annahme folgender zwei Resolutionen: Die Regierung aufzufordern, 1) für den nächstjährigen Etat eine anderweitige Regulierung der Gehälter der wissenschaftlichen Beamten (Assistenten) an den Universitäten und Museen, so wie der königlichen Bibliothek einzubringen, 2) einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit auspricht. In Bezug auf die erstere führt Ref. Birchow aus, daß die Gehälter der wissenschaftlichen Sammlungen an den Universitäten, die in ihren speziellen Fächern von ganz Europa anerkannte Kapazitäten seien, geradezu kläglich besoldet und im vergangenen Jahre bei der Gehaltserhöhung völlig unzulänglich bedacht seien; durchschnittlich betrage das Gehalt dieser im Dienst der Wissenschaft ergrauten Männer wenig mehr, als der Minimalbetrag des Gymnasiallehrergelalts; der Rufus der orthologischen Sammlung an der Berliner Universität habe nach 18jähriger Dienstzeit 600 Thlr. Gehalt und im vergangenen Jahre 75 Thlr. Zulage erhalten. Ebenso stünde das Beamten an der Bibliothek und am Museum in kläglichem Verhältniß zu ihrer Bildung und ihren Leistungen. In Bezug auf die zweite Resolution beschränkt sich der Referent diesmal darauf, an den Zustand der Rechtsgleichheit an den deutschen Universitäten zu erinnern, der dadurch entstanden sei, daß Kiel und Göttingen die akademische Gerichtsbarkeit nicht mehr hätten. Abg. Reichensperger (Koblenz) rügt, daß die Professoren am Vacuum Hofmann in Braunsberg schlechter besoldet seien, als die Oberlehrer an dem Gymnasium derselben Stadt. Ein Professor, der früher am Gymnasium Oberlehrer gewesen sei, habe nunmehr nach seiner Beförderung fünfhundert Thaler weniger Gehalt. Regierungskommissar Geh. Rath Hoffmann erkennt die erste Resolution als völlig begründet an; die Regierung sei gern bereit, Abhilfe zu schaffen, und sie würde es schon gethan haben, wenn sich nicht unter der gedachten Beamten-Kategorie noch ganz junge Leute befänden, bei denen eine Gehaltserhöhung nicht indiziert sei. Sobald die nöthigen Aushebungen vorgenommen seien, werde die Regierung der Resolution nachkommen. — Die erste Resolution wird darauf mit großer Majorität, die zweite in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 123 Stimmen angenommen.

Zu Kap. 124 (Gymnasien) liegt folgender Antrag des Abg. Petri vor: Für das Kaiser-Wilhelms-Gymnasium zu Montabaur die Regierung aufzufordern, die Anordnungen, welche in dem Schulwesen des vormaligen Herzogthums Nassau im Verwaltungswege getroffen worden sind und den Bestimmungen des nassauischen Schulgesetzes vom 24. März 1817 widerstreiten, baldmöglichst aufzuheben.

Abg. Kantak kommt auf die vielfachen wiederholten Beschwerden wegen Beschränkung des Polnischen als Unterrichtssprache in den Gymnasien der Provinz Posen zurück. Mit Ausnahme zweier Anstalten von spezifisch polnischem Charakter werde nunmehr selbst in den Unterklassen der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt. Obwohl die Majorität der Gymnasialdirektoren der Provinz und der Mitglieder des Provinzial-Schulkollegiums sich gegen diese Maßregel ausgesprochen, habe der Minister doch die betreffende Verordnung erlassen. Es sei durchaus unzureichend in dem Lehrplan der posenschen Gymnasien das Polnische als fakultativen Unterrichtsgegenstand aufzunehmen; die Abneigung oder die mangelhafte Begabung der deutschen Schüler für den polnischen Unterricht könne die Beschränkung desselben in keiner Weise rechtfertigen. Redner, der an vielen Einzelheiten, welche er anführt, nachzuweisen sucht, daß die Regierung die polnische Bevölkerung systematisch ihrer Muttersprache entzöhen wolle, und in seinen Schilderungen häufig von der Unruhe des Hauses unterbrochen wird, welches bei der vorgerückten Stunde wenig Neigung bezeigt, die Grammatik der Polnisch anzuhören, erwidert seinen Unterbrechern, seine Faktionen käme so selten zum Worte, daß es ihr wohl gestattet sein sollte, einmal für eine halbe Stunde die Aufmerksamkeit des Hauses für das Wohl und Wehe eines ganzen Volksstammes in Anspruch zu nehmen. Man berufe Lehrer aus Westfalen an die posenschen Gymnasien, welche weit entfernt davon, das Polnische zu verstehen, auch ihr Deutsch in so stark westfälischem Dialekt sprächen, daß sie sogar den deutschen Schülern des Großherzogthums unverständlich seien. (Heiterkeit.) Redner interpellirt schließlich den Kultusminister wegen einer Verordnung der Regierung zu Posen, welche allen Lehrern der Provinz die Theilnahme an den polnischen Vereinen untersagt, gleichviel ob dieselben gefellige, gemeinnützige und wissenschaftliche Zwecke verfolgten. Das widerspreche dem Prinzip der Rechtsgleichheit; aber freilich alle diese Vereine sollen angeblich nur agitatorischen Zwecken dienen und jeder Pole soll heute ein geborener Agitator sein! (Auf zur Sache.) Alle jene Maßregeln illustriren jenes bekannte den Polen vom Regierungstisch zugerufene Wort: Ihr müßt Deutsche werden! Der Versuch, ein Volk zu entnationalisiren, sei vermessene und unverantwortlich, und werde auch in diesem Falle, wie er versichere, erfolglos sein.

Kultusminister Falk: Von welchen Gesichtspunkten die vom Vorredner besprochenen Maßregeln diktiert werden, ist Ihnen allen aus langjährigen Debatten bekannt. Es ist die Pflicht der Staatsregierung, auf allen ihrer Macht unterworfenen Gebieten dafür zu sorgen, daß die Angehörigen deutscher Zunge weder beschränkt noch getrennt werden von den Mitbürgern polnischer Zunge, sondern daß sie einander nah bleiben, und dafür zu sorgen, daß die Angehörigen polnischer Zunge sich nach jeder Richtung als Angehörige des Staats fühlen, der nun einmal ein deutscher ist. Wenn von diesem Gesichtspunkt auch auf dem Gebiet der Schulverwaltung Anordnungen getroffen werden, so mag man vielleicht sagen, es haben politische Gesichtspunkte dabei mitgewirkt, aber dieselben sind dann auch gerechtfertigt. Die pädagogischen gehen damit nicht verloren; es wird dabei auch gefragt, wie sich die Frage zum Standpunkte des Unterrichtes verhält. Ueber den Religionsunterricht hat das Haus neulich eingehende Erörterungen geführt, ich gehe nur auf den Fall Bongrowiec ein. Durch eine Verordnung von 1869 ist ausgesprochen worden, daß die Unterrichtssprache im dortigen Gymnasium ausschließlich die deutsche sein, und daß davon nur die eine Ausnahme für die polnische Sprache und die vom Vorredner erwähnte Vorlesung, die Septima gelten solle. Dies geschah, nachdem das Provinzial-Schulkollegium zu Posen und sämtliche Gymnasialdirektoren der Provinz sich dahin ausgesprochen, daß es pädagogisch allein richtig sei von der Sexta aus mit dem deutschen Unterricht zu beginnen, schon deshalb, weil das Griechische und Lateinische in ihren grammatikalischen Grundlagen sich zum Polnischen ganz anders als zum Deutschen verhalten, so daß für die Schüler, die erst später mit dem Deutschen begännen, ein neues Lernen der klassischen Sprachen nothwendig würde. Mir liegt ein Bericht des damaligen Oberpräsidenten der Provinz Posen vor, in welchem der Erzbischof von Gnesen und Posen vom kirchlichen Standpunkte aus sich mit dieser Maßregel einverstanden erklärte (hört!). Dasselbe haben Magistrat und Stadtverordnete von Bongrowiec in ihrer größeren Mehrheit gethan. Ist es solchen Thatsachen gegenüber ein ungerechtfertigtes Verlangen, daß auch der besondere Gymnasialgottesdienst in deutscher Sprache abgehalten werde? Mir scheint es nicht. Was den Erlaß über die Volks- und Elementar-Schullehrer betrifft, so ist mir dunkel erinnerlich, dergleichen in den Zeitungen gelesen zu haben, von Spezialbescheiden ist nichts zu meiner Kenntniß gelangt. Dagegen schwebt mir vor, als ob auch damals der Erzbischof von Gnesen-Posen den Geistlichen untersagt hätte, an den Vereinen wenigstens an dem zur Hebung der polnischen Volksbildung Theil zu nehmen, weil es bedenklich sei, in denselben einzutreten. Gegenüber dieser Thatsache wird es nicht zu sehr verwundern, wenn die Regierung zu derselben Auffassung kommt. Wie weit dieselbe in jeder Beziehung begründet ist, weiß ich nicht, das könnte man nur in jedem einzelnen Fall prüfen. Aber daß im allgemeinen diese Auffassung der Regierung nicht unrichtig ist, das behaupte ich hier, ohne mich einer Härte schuldig zu machen.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus, um Mittwoch 11 Uhr den Rest der heutigen Tagesordnung und Petitionen zu erledigen.

Parlamentarische Nachrichten.

* Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene Gesetzentwurf, welcher die Diäten und Reisekosten der Abgeordneten regelt, setzt die Diäten von Beginn der nächsten Session ab auf 5 Thlr. fest, und läßt

es in Bezug auf die Reisekosten bei den bisherigen Bestimmungen bewenden. Nur die sogenannten Zu- und Abgänge, d. h. die Vergütung für die Ausgaben, die durch die Ueberführung von einer Bahn auf die andere entstehen, sind von 20 Sgr. auf 1 Thlr. erhöht und die Entschädigung für eine Meile, die nicht auf der Eisenbahn zurückgelegt werden kann, von 1 Thlr. auf 1 Thlr. 15 Sgr.

* Dem Abg. v. Bodum-Dolffs, welcher am 19. Februar seinen 71. Geburtstag feierte, sind zahlreiche Glückwünsche aus seinem Wahlkreise Hamm-Soest zugegangen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 26. Februar.

— Der Präsident der Sechsammlung, Herr Günther, von dem es Anfangs hieß, er werde als Nachfolger des Herrn v. Horn nach Preußen gehen, wird jetzt als Kandidat für die Oberpräsidentenstelle in Posen genannt. Sollte derselbe zum Oberpräsidenten ernannt werden, so dürfte wohl zunächst — was wir nicht wünschen — eine längere Vertretung nöthig sein, da Präsident Günther noch längere Zeit als Vorsitzender der Eisenbahnuntersuchungskommission zu fungiren hat.

r. Die polnische Abgeordnetenfraktion hat an den „Kurjer Pozn.“ ein Telegramm gerichtet, in welchem alle polnischen Abgeordneten aufgefordert werden, zu der Sitzung am Donnerstag in Berlin zu erscheinen, indem an diesem Tage die bekannte Abänderung der Paragraphen der Verfassung zur dritten Lesung kommt. Seitens der Polen wird der bekannte Ultramontane, St. v. Chlapowski, gegen die Abänderung sprechen.

r. Der Aufsichtsrath der polnischen bäuerlichen Bank hat in den Sitzungen an den letzten Tagen zum interimistischen Direktor Hrn. M. v. Rykowski, und zu dessen Stellvertreter Hrn. K. v. Buchowski, zum Vorsitzenden des Aufsichtsraths den Grafen M. v. Kwieciński gewählt. Es soll nun baldigst die Eintragung der Bank ins Handelsregister erfolgen, und alsdann die Thätigkeit der Bank eröffnet werden.

r. An der städtischen Realschule ist in diesen Tagen die vierte etatsmäßige Lehrerstelle Hrn. Dr. Hohlfeld übertragen worden. Nachdem außerdem die Direktor- und erste deutsche Oberlehrerstelle wieder besetzt worden, ist nunmehr nur noch eine Lehrerstelle vacant.

r. In der Bernhardenkirche (samt gestern (Dienstag) zum Andenken an den verstorbenen Direktor des Mariengymnasiums, Dr. Brettnier, eine Trauerandacht statt.

r. Der bekannte Hirtenbrief des Erzbischofs, betr. die Fasten, ist am letzten Sonntage in allen Kirchen der beiden Archidiözesen, auch in den zu staatlichen Lehranstalten gehörigen Kirchen veröffentlicht worden.

r. Der Vikar Samarzewski hat gegen das Erkenntniß des Kreisgerichts zu Schroda, durch welches er bekanntlich zu einem Monat Festungshaft verurtheilt wurde, appellirt.

r. Der Ball, welcher am Sonnabend im Bazar zum Besten des polnischen Vereins zur Unterstützung der lernenden Jugend stattfand, war außerordentlich stark besucht, und hat eine Rein-Einnahme von über 600 Thlr. ergeben.

r. In der polytechnischen Gesellschaft wurden am Sonnabend nochmals die Vortheile welche die bereits in der vorigen Sitzung vorgelegten Büchsen-Wächter-Kontrolluhren gewähren, erörtert. Früher hatte man Wächter-Uhren, die sich an einer bestimmten Stelle befanden, und welche angaben, zu welcher Zeit der Wächter an der Uhr gezogen hatte. Solche Uhren hat man auch hier auf dem Bahnhof, in Fabriken pp. gehabt. Doch stellte sich heraus, daß die Wächter, anstatt zu patrouilliren, ruhig bei der Uhr stehen blieben, und signalisirten. Bringt man wiederum an verschiedenen Stationen des zu bewachenden Reviers derartige Uhren an, so wird die Sache dadurch umständlich, daß man dieselben jeden Tag kontrolliren muß. Die Büchse Uhr dagegen zeigt auf einem kleinen Papierstreifen deutlich an, ob der Wächter an allen zu bewachenden Punkten gewesen ist. Man hat demnach die früheren Wächteruhren beseitigt, und statt deren allgemein die Büchsen Uhren eingeführt, so z. B. in der hiesigen Gezeilschischen Fabrik, in der Milchschon Fabrik (zu Jeryce), in der Tellus-Biegelei (Starolinka) pp. — Es wurde darauf ein sogenanntes Palmette vorgeschlagen, mittelst dessen man die Dicke bestimmter Körper auf das Genauste bestimmen kann. Dieses kleine Instrument besteht aus einer eisernen Schraubzwinge mit einer sehr exact geschnittenen Schraubenpindel. Der zu prüfende Gegenstand wird eingeschraubt, und theils aus der Anzahl der Umdrehungen der Schraube, theils aus den Zahlen, welche auf dem Kopfe derselben angegeben sind, erfährt man, welche Stärke der Gegenstand hat. Man kann auf diese Weise die Stärke von Körpern bis auf 1/100 Millimeter genau feststellen. — Bekanntlich ist eines der besten Desinfektionsmittel der Chlorkalk, welcher dadurch wirksam ist, daß er die Produkte der Verwesung zerstört, während andere Desinfektionsmittel (z. B. Carbolsäure) die Verwesung erriß gar nicht entstehen lassen. Um nun zu verhindern, daß das Chlor sich aus dem Chlorkalk zu rasch entwickle und unbenutzt entweiche, wendet man folgendes, vom Chemiker Eschlein in Dresden empfohlenes Verfahren an: der Chlorkalk wird in Säcken gefüllt, welche aus Pergamentpapier angefertigt sind, und diese Säcke werden in die zu desinfizirenden Flüssigkeiten, resp. Gruben u. geworfen. Die Flüssigkeit bringt nun langsam durch das Pergamentpapier durch, und löst allmählich den Chlorkalk auf, welcher dadurch in gleichem Maße in die Flüssigkeit übergeht und nur allmählich das Chlor entwickelt. Nach dieser Methode angewandt, wirkt der Chlorkalk eine viertel so lange Zeit, als in der gewöhnlichen Weise.

— Der Vorschußverein zu Posen hat sich auch während des vergangenen Jahres in erfreulicher Weise entwickelt. Die Zahl der Mitglieder ist von 482 am Anfange d. J. 1872 durch Zutritt von 85 neuen, resp. Ausscheiden von 28 bisherigen Mitgliedern auf 539 am Ende des vorigen Jahres gewachsen. Die Einlagen der Mitglieder sind von 32,475 auf 37,032, der Reservefonds von 980 auf 1078 Thlr. gestiegen. An Depositen von Privaten schuldet der Verein Anfang v. J. 49,416 Thlr., neu eingezahlt wurden 246,706 Thlr., dagegen zurückgenommen 247,574 Thlr., so daß der Verein demnach Ende v. J. an Depositen schuldet 48,547 Thlr. An Darlehen wurden im Laufe des Jahres aufgenommen 279,340 Thlr., dagegen 224,552 Thlr. zurückgezahlt. Der Verein schuldet demnach Ende v. J. an Depositen 48,547 Thlr., an Darlehen für bei Banken und Vereinen diskontirte Wechsel 77,073 Thaler, an Spareinlagen 7173 Thlr., an Diverse Kreditoren 133,478 Thlr., das eigene Vermögen des Vereins betrug Ende d. J. 38,163 Thlr., davon an Einlagen der Mitglieder 37,033 Thlr., an Reservefonds 1078 Thlr. u.; Der Kassenumschlag betrug 1,872,434 Thlr. die ausstehenden Forderungen Ende v. J. 164,286 Thlr. der gesammte Geschäftsumsatz pro 1872: 2,154,174 Thlr. gegen 1,930,638 Thlr. i. J. 1871. Der Gewinn belief sich auf 3872 Thlr. davon ab die Geschäftskosten mit 747 Thlr. Nettogewinn also 3125 Thlr. wovon 1250 Thlr. kontraktliche Tantieme an den Vorstand, 315 Thlr. = 10% an den Reservefonds 30 Thlr. Verbandskosten 1,519 Thlr. — 5% Dividende auf die Dividenden Einlagen gegen 5 1/2% im Jahre 1871 bei der Generalversammlung seitens des Vorstandes unter Zustimmung des Aufsichtsraths beantragt werden.

r. Die Infommunalisierung der Ortschaften Ober- und Unter-Wilda, St. Lazarus und Jeryce in die Kommune Posen ist bekanntlich bereits seit längerer Zeit ins Auge gefaßt worden und war auch neulich Gegenstand einer Beratung, welche im k. Regierungsgebäude unter Vorsitz des mit dieser Angelegenheit beauftragten Reg.-Assessor Hrn. Bitter stattfand, und an welcher als Vertreter der Kommune Posen die Herren: Bürgermeister Herse und Stadträthe Annus und

Stenzel, sowie die Herren Polizeidirektor Staudy und Landrath von Massenbach Theil nahmen. Die Vertreter der Stadt Posen erklärten sich damit einverstanden, die Gemeinde Ober- und Unterwilba, sowie St. Lazarus (an der Breslauer Chaussee) in den städtischen Verband aufzunehmen, erachteten jedoch die Inkommunalisirung der Gemeinde Jersice aus mancherlei Gründen als dem Interesse der Stadt Posen widerstrebend. Es wurde geltend gemacht, daß dadurch unserer Stadt eine sehr erhebliche Erhöhung des Armeniensatzes erwachsen würde, indem in Jersice, welches über 3000 Einwohner zählt, eine große Menge armer Leute wohne; außerdem würden die Ausgaben für Wegbauten und für städtische Polizeikosten nicht unerhebliche sein. Die Städteordnung vom 30. Mai 1853 bestimmt unter Tit. I § 2 über die Inkommunalisirung von Ortschaften, die bisher nicht zu einer Stadtbefehlshaber gehörten, Folgendes: „Eine Vereinigung eines ländlichen Gemeinde- oder eines selbstständigen Ortsbezirks mit einer Stadtbefehlshaber kann nur unter Zustimmung der Vertretungen der beteiligten Gemeinden, sowie des beteiligten Grundbesizers nach Anhörung des Kreistages mit Genehmigung des Königs erfolgen. Die Abtrennung einzelner, bisher zu einer anderen Gemeinde oder zu einem selbstständigen Orte gehörender Grundstücke und deren Vereinigung mit einem angrenzenden Stadtbefehlshaber kann nach Anhörung des Kreistages mit Genehmigung des Ministers des Innern vorgenommen werden, wenn außer den Vertretungen der beteiligten Gemeinden und den beteiligten Grundbesizern auch die Eigentümer jener Grundstücke dazwischen willigen. In Ermangelung der Einwilligung aller Beteiligten kann eine Veränderung dieser Art in den Gemeinde- oder Ortsbezirken nur in dem Falle, wenn dieselbe im öffentlichen Interesse als notwendiges Bedürfnis sich erweist, und alsdann nur mit Genehmigung des Königs nach Vernehmung der Beteiligten und nach Anhörung des Kreistages stattfinden.“

r. Das Dorf Kopenitz bei Frankenstein in Schlesien, wo einst die Ahnen des Kopenitz gewohnt haben sollen, und nach dessen Namen die Familie den Namen Kopenitz annahm, war bei der allgemeinen deutschen Feier in Thorn gleichfalls vertreten, und zwar durch den Delegierten der Breslauer Universität, Professor Galle. Derselbe hatte von der Dorfbehörde und den Kopenitz, welche noch gegenwärtig dort wohnen, den brieflichen Auftrag erhalten, sie in Thorn zu vertreten.

Diebstähle. Am Montag Abends entließ einem Müller auf St. Lazarus sein Knecht und nahm zwei feine Gänse mit sich. Sofort stellte der tiefgekränkte Müller, indem er vermutete, sein Knecht werde wohl die Gänse in der Stadt verkaufen, an den fernenbarten Festungshören seine Gefellen als Wachposten auf, um den ungetreuen Knecht im Empfang zu nehmen. Trotzdem kam der letztere glücklich durch, und soll, nachdem er vergeblich hiesigen Handelsleuten die Gänse angeboten, dieselben außerhalb verkauft haben, indem er durch eines der unbewachten Thore entwich. Gestohlen wurde einer Dame aus unverschlossener Wohnung an der Wilhelmstraße ein seidenes Kleid; einem Kaufmann auf der Breslauerstraße durch einen Ladiendier ein Betrag von 10 Thlr. und eine Anzahl Aufseiner, und aus einem Laden in der Breitenstraße durch ein Mädchen einige Paar Schuhe; der Ladiendier ist flüchtig, das Mädchen dagegen verhaftet worden.

Domst. 22. Februar. [Theuerung. Wohlthätigkeit. Frauen-Verein.] Unter den benachbarten Städten unserer Provinz zeichnet sich unter Ort dadurch besonders aus, daß die Preise der gewöhnlichsten Nahrungsmittel eine Höhe erreichen, wie in den großen Städten. Nicht man dabei noch in Erwägung, daß die Bewohner unserer Stadt zum größten Theile aus Ackerbürgern bestehen, so muß das um so mehr auffallen. — Wie sehr unsere Stadtbehörden um das Wohl der Armen besorgt sind, davon zeugt auch der heute von der Armen-Deputation ausgeführte Bescheid; es wurden nämlich, wie alljährlich, 30 Raum-Meter feuerfestes Klobenholz 2. Klasse an 100 b-dürftige Darme verteilt. — Sicherem Vernehmen nach hat der hiesige unter dem Vorsteher der Frau Doktor v. Zagrofsky bestehende „Vaterländische Frauen-Zweig-Verein“ im vorigen Jahre die Abgebrannten in der benachbarten Stadt Kiebel und die Ueberschwemmten an der Däse mit namhaften Summen bedacht.

z. Koshmin. 24. Februar. Der neu ernannte Seminar-Direktor Spohr mann, früher Waisenhaus-Inspektor zu Bunzlau, ist von einem Kommissarius des k. k. Provinzial-Schulkollegii zu Posen in sein neues Amt feierlich eingeführt worden. Herr Spohr mann steht in dem Rufe eines thätigen und praktischen Schulmannes und hat bereits eine segensreiche Wirksamkeit hinter sich, die seine Ernennung zum Seminar-Direktor vollständig rechtfertigt.

z. Krawitzsch. 24. Februar. [Examen.] Unter dem Vorsteher des Herrn Prov. Reg.-Schul-Rath Dr. Polte hat heute in hiesiger Realschule 1. Ordnung das Abiturientenexamen stattgefunden. Es hatten sich zu demselben 5 Böglinge gemeldet 1 lat. 2 ev. und 2 jüd. Konfession. Sie wurden sämmtlich für reif erklärt, einem ist das mündliche Examen erlassen worden, 2 haben gut und 2 genügend bestanden.

z. Schroda. 23. Februar. [Diebstahl. Tod. Trunksucht.] Untäglich nächtigten zwei Personen in einem Gasthose in Kosslyn. Den anderen Morgen fand man ihr Zimmer und die Fenster offen und die Betten, in einem Werthe von ca. 40 Thlr., fehlten. Bis jetzt hat man keine Spur von den Dieben entdecken können. — Dem Besitzer der unweit von hier belegenen Plantage wurden sämmtliche Bienenstöcke im Werthe von ca. 50 Thlr. durch freche Hand gestohlen. Bis jetzt hat man keine Spuren der Schelme gefunden. — Ein Brennschacht, der in der Luziner Brennerei mittelst einer Kanne Schmelze stecken wollte, verlor das Gleichgewicht, stürzte in den Bottich, welcher die heiße Schmelze enthielt, und holte sich einen jämmerlichen Tod. — Der bäuerliche Wirth S. aus M., sonst ein ordentlicher Mann, steht manchmal zu tief ins Glas, und da er sich zwei Tage damit beschäftigt hatte, überfiel ihn plötzlich eine Lethargie, aus der er nicht mehr erwachte; ein Lungen Schlag hatte ihn getödtet.

z. Tirschtiegel. 24. Februar. [Simultan-Schule. Magistrats-Kanzlist. Viehzählung. Landwirthverein.] Bald nach dem Erscheinen der vom Kultusministerium herausgegebenen „Allgemeinen Bestimmungen über das Seminar-, Präparanden- und Volksschulwesen“ wurde der hiesige Magistrat von der k. l. Regierung zu Posen aufgefordert, wegen Errichtung einer städtischen Simultan-Schule hier selbst mit den Vorständen der gegenwärtig bestehenden drei Konfessionsschulen in Unterhandlung zu treten. Der Magistrat glaubte indes noch einen Schritt weiter gehen zu müssen und beauftragte in der vor Kurzem stattgefundenen Sitzung der Schulvorstände die Errichtung einer simulanen Bürger-Schule unter der Leitung eines Rektors. Da sich namentlich in der letzten Zeit auch hier mehrfach das Bedürfnis einer Schule herausgestellt hat, in welcher die Schüler einen Anfang fremden Sprachen machen und überhaupt eine etwas weitergehende Ausbildung erlangen können, als sie die Elementarschule ihren Böglingen zu bieten vermag, hoffte der Magistrat auf bereitwillige Annahme seiner Vorschläge. Die Schulvorstände waren jedoch anderer Meinung und lehnten die Proposition des Magistrats fast einstimmig ab. — Schon im vorigen Jahre beantragte der Dirigent des hiesigen Magistrats, dessen Arbeitslast von Jahr zu Jahr immer mehr zunimmt, bei der Stadtverordneten-Vers. die Anstellung eines Kanzlisten. Die Stadtverordneten weigerten sich jedoch, das für diesen Kanzlisten geforderte Gehalt in den Stadthaushalt aufzunehmen. In Folge dessen hat nun die k. l. Regierung zu Posen auf Antrag des Magistrats unterm 25. Januar d. J. auf Grund des § 78 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 entschieden, daß ein Kanzlist mit 120 Thaler jährlichen Gehalts sofort anzustellen und die betreffende Summe in den Stadthaushalt aufzunehmen ist. Die Altstadt hat zwei und die Neustadt drei Fünftel der Kosten zu tragen. — Die Viehzählung vom 10. v. Mts. hat im hiesigen Orte nachstehendes Resultat ergeben. Es wurden gezählt 379 Viehhaltende Haushaltungen mit 141 Pferden, 358 Stück Rindvieh, 173 Schafen, 433 Schweinen, 332 Ziegen und 37 Bienenstöcken. — Am letzten Freitag feierte der hiesige aus mehr als 70 Mitglidern bestehende Landwirthverein sein erstes Stiftungsfest. Mittags 2 Uhr hielt der Verein Parade auf dem Markte, worauf sich derselbe in einem langen Zuge, an welchem auch die Spitzen der Behörden Theil nahmen, durch die Bräkerstraße nach der Altstadt und von da wieder zurück nach dem Vereinslokale bewegte. Abends fand

ein sehr zahlreich besuchter Ball statt, welcher die Festtheilnehmer bis zum Anbruch des nächsten Tages zusammenhielt. Ein an den Kronprinzen gerichteter Besuch um eine Fahne wurde abschlägig beschieden.

r. Wollstein. 23. Februar. [Gewerbeverein. Zur Verbesserung. Postalisches Namensänderung. Entdeckte Diebstähle.] In der Versammlung unseres Gewerbevereins am 20. v. Mts., die sehr zahlreich, ausnahmsweise aus von mehreren Damen besucht war, hielt der Vorsitzende Herr Dr. v. R. v. D. Feldmeyer v. Knobelsdorf einen eingehenden Vortrag über „Kindererziehung“. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Mängel der Simultan-Schulen gründlich beleuchtet. — Sämmtliche Lehrer hiesiger Stadt und der nach gelegenen ländlichen Ortschaften haben ihren Beitritt zu dem vom „Posener Lehrerverein“ projectirten Petition an den Unterrichtsminister und an die Bezirksregierungen erklärt. — Die vor mehreren Monaten eingerichtete amtliche Verkaufsstelle für Postmarken etc. ist, weil der Inhaber derselben nur Mißverwaltung aber nicht den geringsten pekuniären Vortheil davon hatte, bereits wieder eingezogen. — Das nahe Rittgurt Powodowo, dem Dr. jur. Kshfeld gehörig, hat laut Rabinetsordre vom Ende v. J. den Namen Kshfeld erhalten. — Seit kurzer Zeit ist es der außerordentlichen Unruhe und Thätigkeit des in Urubistat stationirten Gendarmen K. gelungen, zwei nicht unbedeutende Diebstähle zu ermitteln. Vor ca. 3 Wochen wurden nämlich im Großdörfer Krüge dem Schweinehändler A. große und ein kleines Schwein gestohlen, und kurze Zeit darauf ermittelte K. den Dieb in der Person eines Schweinehändlers, der die Schweine eben verkauft hatte. Der Bestohlene begnügte sich damit, die Schweine zurückzuhalten und ließ den Strafantrag gegen den 76jährigen Dieb fallen. Am 8. d. M. wurden dem Eigentümer Brzybyska in Wschabno aus einer verschlossenen Scheune 10 Scheffel Roggen gestohlen und K. ermittelte durch seine Rastlosigkeit die Diebe — einen Wirth und einen Ausgedingener — die sich nunmehr in Untersuchungshaft befinden.

m. Schneidemühl. 23. Febr. [Vorschlagverein. Steuern. Durchgebrannt.] Der hier bestehende Vorschlagverein hielt im Januar c. seine statutenmäßige Generalversammlung ab. Der Jahresumsatz derselben beläuft sich auf etwa 55,000 Thlr., eine relativ sehr mäßige Summe, da die von geringeren Einwohnerzahl, in denen Vorschlagvereine bestehen, einen bedeutend höheren Umsatz aufzuweisen haben. An Dividenden hat der Verein 84 Proz. gezahlt. Zu Vorstandsmitgliedern sind wiedergewählt: die Herren Dr. Davidsohn, Kaufmann K. Arndt und Servisenbant Holz. Um auch den Frauen der Mitglieder die Möglichkeit des Vereins ad oculos zu demonstrieren, beschloß die Generalversammlung einen Ball abzuhalten, der dann auch statt besuch war und, da die meisten Dividenden geistvoll verwendet wurden, sehr heiter und amüsiert verlief. Seitdem haben sich die Gesuche um Aufnahme auffallend vermehrt. — Vor mir liegt der Steuerzettel der Kommunalbeiträge für das laufende Jahr. Es ist nicht sehr erbaulich darin zu lesen, daß pro 1 Thlr. Klassensteuer 1 Thlr. 16 s. Kommunalbeiträge zu entrichten sind. Und dazu die Schulsteuern! Man mag gegen die indirekten Steuern fragen, was man will: für die Beamten, denen man jeden Heller Einkommen nachrechnen kann, sind sie eine Wohlthat. Daß die Magistrats sich alle auf ihren Vortheil verziehen, ist bekannt, und so schäzt denn auch der unfreie die Beamten in der Weise ein, daß er die Steuer vom ganzen Gehalte berechnet und dann halbirt, während das Gesetz vom 11. Juli 1822 besagt: Beamte sollen von der Hälfte des Einkommens eingeschätzt werden. Das siegreiche Durchsetzen dieser Streitfrage seitens der posener Beamten hat denn auch für die hiesigen die Folge, daß viele derselben beim Magistrat bereits Reklamationen gegen die Art der Erhebung eingereicht haben. Hoffentlich wird sich Magistrats nicht vergeblich sträuben, sich die Kosten sparen und nachgeben. — Vor etwa 8 Tagen ist ein hiesiger Bürger, Handschuhmacher B. mit Hinterlassung seiner Familie und einer bedeutenden Schuldenlast flüchtig geworden. Derselbe hatte anstatt seinem Geschäft nachzugehen, den Jagd- und Spielreusen gefolgt. Die Folge der ersten waren 6 Wochen Gefängnis wegen Widerständigkeit gegen einen Forstbeamten, die Folgen der letztern die finanzielle Ruin. Um den Gläubigern und der Haft zu entgehen, hat er sich dann nach dem gelobten Lande Amerika aufgemacht. Vielleicht ist ihm dort Fortuna gnädiger. Auch 4 Inhaftirte des hiesigen Magistratsgefängnisses, das nicht gerade komfortable eingerichtet ist, sind durchgebrannt. Ein Steckbrief im Lokal-Anzeiger verfolgt sie.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Der Professor der Aegyptologie in Leipzig, Dr. Georg Ebers, der seit vorigem Herbst in Aegypten weilte, hat in dem zu der Retropolis von Theben gehörenden Abdeh-Auswahl das Grab eines gewissen Amen-em-heb öffnen lassen und in ihm eine historische Inschrift von großem und allgemeinem Interesse entdeckt. Es wird in ihr der Lebenslauf des Verstorbenen den Nachgeborenen mitgetheilt. Amen-em-heb lebte in der XVIII. aegyptischen Dynastie, etwa im 17. Jahrhundert vor Christus und nahm Theil an den Feldzügen des Pharaos Tutmes III., mit dem er den Euphrat überschritt und von dem er Dekorationen aller Art für seine Heldenthaten empfing. Viele Namen von westasiatischen Städten geben Kunde von der ältesten Form derselben. Ihre Folge giebt wichtige geographische Fingerzeige. Besonders werthvoll für die Chronologie ist die Angabe der Regierungsdauer des großen Königs Tutmes III. auf Jahr, Monat und Tag. Unter Amenophis II., dem Nachfolger des Tutmes, war Amen-em-heb ein geachteter Hofmann. Binnen Kurzem wird diese Inschrift mit voller Uebersetzung veröffentlicht werden.

* Das Direktorium des allgemeinen deutschen Musikvereins hat eine Preisaufrage ausgeschrieben. Die beste Schrift über die altgermanischen Sagen, denen die Wagnersche Nibelungenetralogie entnommen ist, soll mit einem ganzen Patronatschein zu den bayerischen Festausführungen oder mit 300 Thlr. belohnt werden. Derselbe ist bis zum 31. Juli d. J. mit laudatirtem Motto an den Vorsitzenden der Preisrichterkommission Prof. Simrod in Bonn einzuliefern.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Köln-Mindener Bahn. a) Hauptbahn. Einnahme pro Januar 1873 802,309 Thlr., gegen 1872 mehr 81,708 Thlr. b) Köln-Gießen. Einnahme pro Januar 1873 258,549 Thlr., gegen 1872 mehr 27,520 Thlr. c) Benlo-Hamburg. Einnahme pro Januar 1873 70,743 Thlr.

** Wien. 23. Febr. Zwei auffallende Erscheinungen, die bei oberflächlicher Betrachtung mit einander im Widerspruch zu stehen scheinen, machen sich gegenwärtig auf der Wiener Börse wahrnehmbar. Es ist dies das fortwährende Steigen der österreichischen Papierrente neben der Tendenz des Silberagios, sich eher zu erhöhen als zu erniedrigen. Diese Verschlechterung der Valuta, bemerkt die „Dtsch. Ztg.“ sehr richtig, ist offenbar weniger auf die Operationen der Arbitrage als auf die aus den Handelsausweisen hervorgehende konstante Abnahme des Exports und leichtzeitige Zunahme des Imports zurückzuführen. Das Steigen unserer Rente aber erklärt sich mehr durch Käufe des Auslandes als des Inlandes. Wir Oesterreicher sind meistens nicht so genüßsam, mit der nicht ganz sechsprozentigen Verzinsung, welche die Rente beim heutigen Kurse abwirft, zufrieden zu sein. Ganz anders kalkulirt der Ausländer. Er vergleicht den österreichischen Rentenkurs mit dem der fünfprozentigen französischen Rente und ergreift jetzt auch die Gelegenheit, die gekündigte amerikanische Anleihe gegen österreichische Staatsanleihe umzutauschen.

* Brüssel. 25. Februar. Die Nationalbank hat den Diskont von 4½ auf 4 Prozent herabgesetzt.

Vermischtes.

* Berlin. [Feuer.] Die zweite und letzte Deputation des Kriminalgerichts im Lagerhause tagten am Sonnabend buchstäblich im Feuer. Der nach der Klosterstraße zu belegene rechte Flügel des Lagerhauses, in welchem bisher das Geheime Ministerialarchiv untergebracht

war, wird gegenwärtig ausgebaut und sind zu diesem Behufe vor mehreren Wochen die Asten von dem Bodenraum fortgeschafft worden. Am Morgen sollte mit dem Abtragen des Daches begonnen werden. Am Sonnabend früh kurz vor 5 Uhr bemerkte die Militärwache einen hellen Feuerchein in dem leerstehenden Bodenraum, gleich darauf schlug auch die Lohse mannschod aus dem Dache heraus und verbreitete sich im Nu über den ganzen Dachstuhl. Die Gefahr für die anstehenden mit Asten gefüllten Flügel war eine sehr dringende, den Anstrengungen der Feuerwehr gelang es jedoch schon gegen 6 Uhr, das Feuer auf seinen Heerd zu beschränken. Obwohl die Feuerwehr bis gegen Mittag auf der Brandstätte beschäftigt war, erlitt der Verbleib im Lagerhause, in welchem die Gerichtsdeputation, das Handelsgericht, die General-Militärkasse, die Militär-Pensionskasse, das Nachmuseum etc. amtierten, nicht die geringste Unterbrechung. Wie der Brand entstanden, ist bisher nicht aufgeklärt worden.

* Berlin. 24. Febr. Gestern Vormittag fand Joseph Lehmann's Leichenbegängniß statt. Die große Achtung und Werthschätzung, deren der Hingeschiedene sich im Leben erfreute, bekundete sich auch bei Erweisung des letzten Liebesdienstes. An dem einfachen mit Kränzen geschmückten Sarge versammelten sich eine dichtgeschlossene Trauerversammlung, in der man Mitglieder der beiden Häuser des Landtages, den ersten Präsidenten des Glogauer Appellgerichts Wirtschen (geb. Rath Graf Rittberg, hohe Beamte, Professoren der Universität, Mitglieder der städtischen Behörden, Schriftsteller (auch den Vorsitzenden des Vereins „Berliner Presse“), Gewerbetreibende, Männer des Volks und Frauen erblickte, als Vertreterinnen der Vereine. Denen der Hingegangene eine so werththätige Theilnahme gewidmet, Der Rabbiner Dr. Geiger hielt am Sarge die Gedächtnisrede, die ein Lebensbild des Geshiedenen entrollte. Gegen 10¼ Uhr setzte sich der große Leichenzug nach dem jüdischen Begräbnißplatze in Bewegung, wo die Beisetzung nach dem Ritus der Glaubensgemeinde erfolgte, der Leichmann treu anhänglich gewesen. Auch Ihre Majestät die Kaiserin hat der Familie Lehmanns ein sehr hübsches Beileidschreiben überliefert.

* Prof. Virchow hat am Mittwoch in der Berliner medizinischen Gesellschaft einen Vortrag über die sogenannte „weibliche Nachtigall“ gehalten, die größte Monstrosität aller Zeiten. Die beiden Damen sind bis zum Kreuzbein vollkommen getrennte Individuen. Am unteren Ende der Wirbelsäulen gehen diese so in einander über, daß überhaupt für Beide nur eine Wirbelsäule vorhanden ist und wahrnehmbar auch nur ein Rückenmark. Für Beide existirt nur eine Mastdarmöffnung u. s. w. Die vier unteren Extremitäten sind weniger entwickelt als die oberen, auch ist die Gefühlsempfindung in denselben für Beide gemeinsam, so daß ein Nadelstich an einem Fuße von beiden Damen empfunden wird. — Dieser Fall erinnert lebhaft an das vor einigen Jahren umhergezeigte und vielbesprochene „Schweiner Kind“. Jenes Kind hatte eine große Geschwulst am Kreuzbein, in welcher man bewegliche Theile fühlte. Virchow erklärte damals diese beweglichen Theile für Rudimente eines zweiten unentwickelten Kindes, welches bei vollendeter Entwicklung eine „weibliche Nachtigall“ geworden wäre. Im vorliegenden Falle ist Miss Christine weit kräftiger und ausgebildeter als Miss Willie, so daß letztere als ein Appendant der ersteren zu betrachten ist.

* Königsberg. 24. Februar. Große Sensation erregte die hier eingetroffene Nachricht, daß der Ingenieur-Kapitän Egoth in Pillau verhaftet ist. Egoth ist derselbe, welcher verschiedene Untersuchungen und Unredlichkeiten denunziert hat, welche bei der Fortifikation vorgekommen sein sollen.

* Danzig. 20. Febr. Der Hauptmann v. G. vom 4. Ostpr. Gren.-Reg. Nr. 5 mußerte vorgestern seine Kompanie und es fiel ihm auf, daß die Kassenstippen mehrerer Leute eine sonderbare Färbung angenommen hatten. Seine Frage nach dem Ursprunge dieser Färbung wurde von den meisten Leuten dahin beantwortet, daß sie angeblich sich gefressen zu haben. Aber es ist nichts so fein geworren, es kommt doch aus dem Reich der Sonnen. Ein Rekrut giebt endlich an, daß der Herr Lieutenant v. G. in der Instruktions-Stunde die betreffenden Kassen mit seiner Zigarre verbrannt habe. Wahrscheinlich hat der Herr Lieutenant die Rekruten an das Feuer gewöhnen wollen. So geschehen zu Danzig im Jahre 1873.

* Göttingen. 19. Februar. Gestern hat sich hier der Soldat Höfel aus Gotha erschossen. Der Unglückliche wurde auf einer zur Kaserne führenden Straße unmittelbar vor der Stadt, mit dem Gesicht in einer Hecke liegend gefunden; er hatte von einem Fuße Strumpf und Stiefel abgezogen und, den Lauf gegen die Brust haltend, mit den Fingern das Gewehr abgedrückt. Wie hier allgemein erzählt wird, soll die Behandlung seines unmittelbaren Vorgesetzten daran Schuld sein; er diene schon im zweiten Jahre und wurde vor einiger Zeit in eine andere Kompanie versetzt. Wie man uns gestern mittheilte, hat er in den letzten Tagen jeden Morgen eine Stunde früher als die andern angetreten, und ebenso Nachmittags eine Stunde länger nachgerufen müssen. Wie gesagt, so wird hier erzählt. Goffen wir, daß die unparteiische Untersuchung Alles auflären wird. (Volks-Ztg.)

* Essen. 21. Februar. Seitens des Geh. Kommerzienraths Alfred Krupp wird aus Anlaß einer beabsichtigten Feier des Jubiläums der vor 25 Jahren zu alleinigem Eigentum von demselben übernommenen Gussstahlfabrik Folgendes kundgegeben: „Die Ankündigung mehrseitiger Absicht, durch Besuch, Schrift, Rede oder andere Zeichen wohlwollender Genügnung eine Epoche meiner Vergangenheit feiern zu wollen, veranlaßt mich — mit dem Ausdruck des innigsten Dankgefühls — an meine Freunde hiermit die Bitte zu richten, dergleichen zu verbindern, weil ich ihrer Beweise der Genügnung nicht bedarf und nicht in der Lage bin, andere würdig empfangen und erwidern zu können, auch keine Ausnahmen machen darf. Ich melde hiermit für unbestimmte Zeit meine Abwesenheit an.“

* Leipzig. 24. Febr. Der Korso des Karnevals ward am gestrigen Nachmittag durch den Prinzen eröffnet, der sich, umgeben von seinen Ministern und anderen hohen Chargen, in höchster Gala vom allerhöchsten Balkon, des Hotel-de-Prusse aus in einer feierlichen Ansprache, die durch mehrfache Lokal- und politische Auspielungen gewürzt war, an sein zahlreich versammeltes Volk wandte. War auch der Himmel nicht eben heiter, so war es das Publikum doch, und stundenlang wandelte man in buntem Gewühle auf den Plätzen der Kasse und des Hofes, welche wieder eine reiche Reihe von Hüben erfüllte. Außer einem glänzenden Ballalon und mehrfachen Erfrischungstischen boten sich ganz wunderbare Schaustellungen als da sind fünf von Liebe verzehrte Jungfrauen und ein Affenrath, ein affinisches Kabinett und chinesische Schattenpiele, eine Ausräucheranstalt für Klauenfische u. ein Jesuitenkollegium, eine Spielbank von Wasbieden und ein Hoftheater, ein indianischer Häuptling, Graf Bismarck und eine 500 Bfd. schwere Tiefendame etc. Die Faschingsliteratur ward überall kolportirt.

* Smyrna. 11. Februar. Am Sonntag um 10 Uhr Abends versank plötzlich das Café Rivoto, am Ufer des Meeres gelegen und auf Piloten erbaut, während einer Vorstellung, welche darin eine Affenballet-Gesellschaft gerade gab, in das Meer. Der Kaffeehausbesitzer behauptet, nur 108 Billelte verkauft zu haben, während mehrere der geretteten Personen bezeugen, mindestens 200 Personen im Innern des Kaffeehauses gewesen zu haben, worunter viele arme Leute, mehrere Türken und einige junge Leute aus guten Häusern. Gegen 10 Uhr ungefähr hörte man plötzlich ein unheimliches Krachen, und ehe fünf Minuten vergingen, versank das Café Rivoto vollständig. Die wenigen Personen, die sich nahe am Ausgange befanden, konnten sich retten. Einige retteten sich dadurch, daß sie durch die Fenster ins Meer sprangen. Die herbeigeeilten Schiffe ermittelten sich in fruchtlosen Bemühungen, die anderen Unglücklichen zu retten. Euxenia Pascha, der Bali von Smyrna, der Polizeichef Ibrahim Aga und der Kommandant der Gendarmen, Tabir-Bay, waren ebenfalls unverzüglich erschienen und leiteten, leider ohne Erfolg, das Rettungswerk. Das tiefe Schweigen, welches auf das verworrene Geschehen folgte, bewies nur zu deutlich, daß das Unglück vollständig war. Der katholische und der griechische Erzbischof kamen seltig früh herbeigeeilt. Gestern früh wurden die Sebnadinen der Kai-Gesellschaft dazu verwendet, um das Dach des verfunkenen Kaffeehauses abzugeben. Die Aufführung

der Leichen bot ein erschütterndes Schauspiel dar. Die Leichen der Akrobaten wurden noch in ihren Kostümen aus dem Wasser gezogen. Sämtliche Leichen waren von den Krämpfen des Todeskampfes verzerrt. Zwei Tragbahnen waren den ganzen Tag hindurch beschäftigt, die Leichen in die Spitäler zu transportieren. 50 Leichen brachte man in das griechische Spital, wovon 28 bereits rekrutiert waren, 11 in das katholische, von diesen letzteren sind bereits 10 rekrutiert. Tauscher arbeiteten den ganzen Tag, und mit jeder Minute beförderten sie eine neue Leiche heraus. Heute wurden die Aufschwüngen wieder aufgenommen und man hat abermals 20 Leichen herausgezogen. 80 Leichen hat man bis jetzt gefunden, man glaubt jedoch, daß mindestens noch 50 unter dem Wasser liegen. Ein englischer Kapitän, zwei türkische Geschäftsleute, ein junger Mann aus guter Familie, ein italienischer Kapitän, ein Telegraphen-Beamter und mehrere Komptoirbeamte befinden sich unter den Opfern. Die Bestattung ist eine allgemeine. Der Kaffeehandel ist abgesetzt worden. Die Polizei hat verboten, die andern auf Piloten erbaute Kaffeehäuser zu besuchen. Die Gesellschaft der Akrobaten bestand aus 7 Männern und 3 Frauen; nur eine dieser Letzteren konnte gerettet werden. Der Kaffeehausbesitzer wird in strafgerichtliche Untersuchung gezogen werden.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wäner in Posen.

Schlusswort zur Aichung der Spiritus-Gebinde.

Obwohl der aus der Provinz eingefandte Artikel, die Aichung der Spiritus-Gebinde betreffend, meine in der Sonnabend-Nummer ent-

haltenen Ansichten kaum widerlegt, so sollen doch noch einmal die angegebenen Gründe für die amtliche Aichung bekämpft werden, weil der Herr Einfender des Artikels aus der Provinz einige unrichtige Anschauungen vom Spiritushandel, auf welchen doch hauptsächlich Rücksicht genommen werden muß, ausgesprochen hat und auf diese seine Gründe basiert.

1. ist die Verantwortlichkeit des Reichmeisters als vereideten Beamten nicht höher zu veranschlagen, als die des Böttchers, welcher seinem Abnehmer gegenüber mit seinem Geldbeutel für die Richtigkeit der Gebinde verantwortlich ist.

2. und 3. genügen die Deimalwagen und die Gewichte vollständig zur Ermittlung des Inhalts eines großen Spiritusfasses, umso mehr, als nur das Innehalten der gesetzlichen Fehlergrenze erforderlich ist, während andererseits die ganz präzise Vermessung des Aichungs-Lichtes wenig für sich hat, weil eine solche doch nur bei den Fässern einige Tage dauernd sein könnte. Bei der Größe der Fässer und der Ausdehnung des Spiritushandels bleibt ein Liter Aichungs-Unterschied ganz unberücksichtigt, was auch beim Spiritushandel als Bormessung festgesetzt ist.

4. ist die Aichgebühr von 10 Sgr. pro Faß viel zu hoch, wenn auch anerkannt werden muß, daß das Aichamt die Vermessung nicht viel billiger herstellen kann, soll nicht jeder Gewinn absorbiert werden. Die Faßfabrikation liegt aber so, daß diese eine Abgabe für die Aichung absolut nicht tragen kann, da im günstigen Falle 10 Sgr. von Faß verdient werden, und diese auch nur, weil die Böttcher geringeres Material zur Verarbeitung nehmen, als zu einem guten Faße notwendig ist. Sollte die amtliche Aichung obligatorisch werden,

so würde dem Großbottchereibetriebe ein schwerer Schlag verfeßt, dessen nachteilige Rückwirkung auf den Spiritushandel nicht ausbleiben könnte. Die Staatsregierung aber, deren Handelspolitik die Monopole abschafft, darf sich hier am allerwenigsten ein solches aneignen und dadurch einen wichtigen Industriezweig gefährden. Ganz einverstanden bin ich mit dem Herrn Einfender über die Zwecklosigkeit der sogenannten konfessionierten Vermessungsanstalten. Mit Einführung der Gewerbefreiheit hat deren Bedeutung übrigens von selbst aufgehört, als amtliche werden diese durchaus nicht mehr angehen, auch wird das Wort Vermessungs-Anstalt hier fast gar nicht mehr angewandt, würde überhaupt auch nichts zur Sache thun. Im Irrthum befindet sich der Herr Einfender, wenn er angiebt, daß nur bei amtlich geachteten Fässern Steuererlaß (?) stattfindet. Vermuthlich soll mit diesem Worte die Rücksteuerbonifikation gemeint sein, und diese findet auch bei Privataichungen und sogar bei ungeachteten Fässern statt, weil das Steueramt dem Inhalt des Fasses selbständig ermittelt. Schließlich glaube ich gern, daß die Aichungsämter in der Provinz, dem Bedarfe pünktlich genügen werden, hier aber würde eine möglichst pünktliche Befriedigung Unzulänglichkeiten zur Folge haben, welche dem Spiritushandel bei seiner enormen Ausdehnung sehr nachtheilig sein würde, abgesehen davon, daß eine Anstalt mit großen Kosten am hiesigen Orte hergestellt werden müßte, welche dem Staate schwerlich rentiren würde. Aus diesen Gründen ist die obligatorische Einführung der amtlichen Aichung durchaus nicht wünschenswert, während letztere als Revisionsaichung in ihrer jetzigen Verfassung recht vorthelhaft und für die Interessenten genügend wirken kann.

H. M.

Bekanntmachung.

Die am 18. Dezember v. J. ausgelassenen Kreis-Obligationsanleihe und zwar:

I. Emission:

Lit. A. über 500 Thlr.: Nr. 26.
Lit. B. über 100 Thlr.: Nr. 15, 16, 142, 157.
Lit. C. über 50 Thlr.: Nr. 18, 36, 38, 39, 143, 149, 169.

II. Emission:

Lit. B. über 100 Thlr.: Nr. 48.
Lit. C. über 50 Thlr.: Nr. 32, 66, und 67.

Aud im coursfälligen Zustande und zwar die Obligationen 1. Emission mit den Coupons vom 1. April d. J. und die Obligationen 2. Emission mit den Coupons vom 1. Juli d. J. ab gegen Baargeldung des Kennzeichens bei der hiesigen Kreis-Kommunallasse, sowie bei der Wechselhandlung H. Seegall in Posen zurückzuführen.

Die Obligationen 1. Emission nimmt fernerweit an das Handlungshaus & S. Plant in Posen und die Obligationen 2. Emission das Bankgeschäft & S. Seimann & Comp. in Berlin.

An Einführung der früher bereits ausgelassenen Obligationen und zwar:

I. Emission:

Lit. A. über 500 Thlr.: Nr. 54, 55.
Lit. B. über 100 Thlr.: Nr. 100, 130, 172.

II. Emission:

Lit. C. über 50 Thlr.: Nr. 13, 76, 88.
wird als falls erinnert.

Breschen, den 24. Februar 1873.
Königlicher Landrath.

Die Verletzung unseres Steintohlens bedarf für den nächsten Winter sol im Wege der öffentlichen Subventionen werden. Die Lieferungen, Bedingungen sind in unserem General-Bureau einzusehen, auch auf portofrei an uns zu richtende Schreiben gegen Erstattung der Kosten zu beziehen. Die Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Kohlenlieferung für das Kreisgericht Schrimm“ bis zu dem

am 30. April d. J.

Mittags 12 Uhr,

im Sitzungssaal I. anstehenden Termine, in welchem dieselben in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten eröffnet werden, portofrei einzufinden.

Schrimm, den 18. Februar 1873.
Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung.

Am 1. Mai c. wird die 2. Lehrvertheilung an der hiesigen israelitischen Elementarschule vacant, mit welcher ein Einkommen von 250 Thlr. und 36 Thlr. Wohnungsgeld zusammen verbunden ist. Qualifizierte Bewerber um diese Stelle haben sich spätestens bis zum 1. April c. bei uns unter Einreichung ihrer Zeugnisse zu melden. (Gedruckten, den 24. Februar 1873.)

Der Magistrat,
israelitische Schulvorstand.

Auktion.

Umzugshalber werde ich Freitag, den 28. Februar er., früh von 9 Uhr ab, im Auktionslokale, Capieplatz Nr. 6 Mahagoni-, Birken- und andere Möbel zc. meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Grosse,

königl. ger. Auktionskommissarius.

Bäckerei

ist zu verpachten oder auch das Wohnhaus mit Garten zu verkaufen. Zu erfragen bei Robert Fischer in Deutsch.

Ein schönes Rittergut

in der Nähe Bresdens, Königl. Sachse gelegen, soll für 100,000 Thlr. mit 30,000 Thlr. Anzahlung verkauft werden. Näheres durch Herrn Moritz Lange in Dresden, Hotel Stadt Wien.

Das Vorwerk

Modlibowko.

74 Morgen gutes Land, mit Winterlaaten, guten Gebäuden, Inventarium, bei Dobrzyca an zwei Eisenwege gelegen, ist jeder Zeit zu verkaufen.

Mit 1500 Thaler bis 2000 Thaler

Anzahlung oder Caution suche ich ein kleines Gut zu kaufen oder ein etwas größeres zu pachten. Auch ein belebte Straßenthurmhaus mit etwas Acker wäre mir erwünscht.

Gef. Offerten erbitte sub G. G. 258 durch das Stangen'sche Annoncen-Bureau, in Breslau, Karlsstr. 28.

Bekanntmachung.

Meine hieselbst aus 3 häuslichen Wirtschaften zusammengelegene Wohnung, bestehend aus 278 pr. Morgen besten Bodens und sehr gutes Wohn- und Wirtschaftshaus, Scheuer, 1/10 Meile von der Köslar, Bielenthorst entlegen, bin ich Willens, auf freier Hand zu verkaufen. Kaufstüchtige Reflektanten wollen sich event. portofreie Zuschriften an mich selbst wenden.

Eurostowo Paul. b. Kischlowe d. 22. Februar 1873.

Gottl. Sauer.

Syphilis. Geschlechts- u. Hautkrankheiten, Schwachzustände, heilt sicher und schnell — auch brieflich — Dr. Holzmann, Büttelstr. 12, 1 Tr.

Böttcher-Holz,

200 Schock 39 bis 42zöllig, sowie trockenes Spiritusfaß-Holz bietet zum Verkauf F. Scherer in Pleschen.

Zuchtvieh = Auction

zu Milewken bei Neuenburg. Westpr. Den 13. März c. von 11 Uhr an. Zum Verkauf kommen 13 Bullen, 11 Ferkel, (Amsterdamer Race) 6 Schweine. Programme vom 20. Februar auf Verlangen. Wagen fische Bahnhof Czerniewitz bereit.

Fournier.

Das Dominium Daleszy bei Gostyn hat drei Bullen (Drig-Holländer und Angler Kreuzung) zu verkaufen, auch sind daselbst

50 Mr. Manersteinel

abzugeben.

Freitag, den 28. d. M.

bringe ich wieder mit den Krähunge einen großen Transport guter frischer melkender Neugeborener Kühe nebst Kälbern in Keller's Hotel zum Verkauf.

Julius Klatow, Viehhändler.

Dom. Wronczyn bei Pudewitz verkauft zwanzig Stück gemästete Kühe und Ochsen und achtzig gemästete Hammel.

Aus dem Dom. **Straszewo** bei Mieschlof stehen 7 Stück feste Ochsen zum Verkauf.

Ein fast neues franz. Billard ist billig zu verkaufen. Näheres bei

A. Beyer, Bräuerstraße 28.



Der Verkauf von Vollblut-Kammwoll- und Regretti-Böcken aus meiner Stammherde beginnt am 1. März.

Krzyzanski, im Febr. 1873. Holtzthiem.

Dominium Gr. Gay bei Byty steh meistbietend am 6. März cr., vor 10 Uhr Vormittags vor dem Krugschlichter zu verkaufen: 24 Zug-Ochsen und einen veredelten Omnibus auf 1 Personen (englischer Jagdwagenbreck).

Bleichwaaren

für meine schlesische Rasenbleiche werden angenommen.

Posen, Markt 63.

Robert Schmidt (vorm. Anton Schmidt).

Eine Destillir- oder Brennerei-Blase, von 8- bis 120 Quart, wird zu kaufen gesucht von

Raphael Schmal, in Pafosé

Brauerpech, (Zahpech)

Eisler, Böhmisches, Volgtländer und Zinnerauer in Risten, Kisten, Fässern und Leisten offerieren billigst

H. Zake & Comp. Magdeburg, Richtenberg-Raffinerie, Gartenstr. 5.

Apotheker Krause: Injection Fl. 1 Rthlr. heilradical jeden Ausfluss der Harnorgane. Erfolg garantirt. Dr. Bruschke, Berlin, Sebastianstr. 39.

Wirksamstes Mittel gegen Hals- u. Lungenleiden

in Dr. Droge's mexicanischer Balsamthee, zu beziehen von Dr. R. Kriebel, prakt. Arzt, Berlin, Oranienstraße 58A; à Pack 1 Thlr., 1/2 Pack 15 Sgr. Bestellungen per Postkarte oder Postanweisung am billigsten.

Die Spratt'schen Zwiebacke, tab icht aus Klisch-Hefe-Stoff werden in den meisten Bäckereien Englands angewandt und sind der einheimischen Meinung der Fachblätter zufolge, die gesündeste, nahrhafteste und billigste Nahrungsmittel.

Das Spratt'sche Mehl für Federvieh

erhält vortheilhaft jede andere Nahrung für Federvieh und ist unübertrefflich in die Fruchtbarkeit und Mästung desselben zu befördern. Es dient gleichfalls als Futter für junge Gänse, junge Enten, Truthühner u. Fasanen.

Diese Nahrungsmittel werden für 8 Thlr. pr. 50 Rge. franco geliefert. Man wende sich beifolgende Zeugnisse und näherer Mittheilungen an den Vertreter C. P. Petersen, Hamburg, 14. Mönckebaum.

Agenten werden gesucht.

Dr. Linck's Pepsin-Pastillen

die Schachtel 10 Sgr.

Dr. Marquart's Pepsin-Essenz

per Flasche 15 Sgr.

Epoche machende Heilmittel (nicht Geheimmittel) gegen die Krankheiten des Magens und der Verdauungsorgane.

Verkäuflich in Posen bei Apotheker R. Kirschstein.

Dr. Lender's Dyon-Wasser, Inhalations-Apparate, Dyonometer, Zimmer-Desinf.-Pulver, Sauerstoff-Wasser, Literatur (Prospecte gratis). Berlin, Krebs Kroll & Comp.

Depot für Posen: Apotheke des Hrn. Dr. Mankiewicz.

Fische! Reb. Fichte, Sonder u. Carl Donner-Fl. ab 4 Uhr bill. b. Altschiff

!! Berliner Weißbier-Depot !!

28. Berlinerstraße 28.

empfiehlt sein anerkannt vorzügliches, edles Berliner Weißbier, 24 Flaschen für 1 Thlr. frei ins Haus, auch in kleineren Parteen zu haben.

Alb. Beyer. Geräucherte Marenen, Frische, fette Bücklinge

empfiehlt **J. N. Leitgeber.**

Nr. 8! Bitten Ement. Schweig. Käse, besten Steinb. Schinken, feinsten Br. Citronen, süße hoch. Himbeeren, Apfelsinen empf. g. u. bill. E. Altschiff

Neuer Verlag von Theobald Griebe in Berlin.

Deutsches Wagenbau-Journal

herausgegeben von Fritz Pohlman. (I. Jahrgang 1873. — 6 Lieferungen mit 24 Tafeln in Aufsichten und 6 großen Holzschnitten. 5 Thlr. Einbunden halbjährlich. Einzelne Lieferungen 1 Thlr.)

Das allseitig als vorzüglich anerkannte Journal brachte im I. Jahrgange folgende Original-Enwürfe nebst Bo der- und Hinteransichten, Durchschnitten, Grundrissen, Details zc.: Jagdwagen, Doppel-Calèche, Phaeton ohne Dach, Brougham, Coupé-Phaeton, Halb-Calèche für Landwege, American, Pony-Phaeton mit Korbgesicht, offener Phaeton, Landauer mit 6 Personen, Bicar zu 4 Personen, Reisgedr. er 6 Sitz Bogen für Landwege, Draisine zu 6 Personen, Damen Phaeton, fig. Landwagen, offener Landwagen, Aufzug Calèche, Landauet mit runden Fenstern, Phaeton für Landwege, Kutisch, Phaeton, Universal-Doppel-Calèche, Phaeton auf 8 Personen, Jagd-Bicar zu 4 Personen, 2 spänn. russischer Schlitten 20 Late nen-Formen.

Rekte frankfurter Lotterie. Hauptziehung: Anfang 5. März. Ende 26. März mit 6400 Gewinnen von ab. fl. 200,000, 100,000, 50,000, 20,000, 15,000, 12,000 zc.

Diejenigen welche sich noch zu betheiligen wünschen, ersuche ich sich baldigst an mich zu wenden, da ich noch einige Originalloose zum planmäßigen Preis:

Ganze à 51 Thlr. 15 Sgr.
Halbe à 26 „ 22 „
Viertel à 12 „ 26 „

abzugeben habe. **Jos. Ruseck** Lotterie-Einnehmer in Frankfurt a. M.

Ein j. Mann fi-det Bogis mit ob ohne Kost bei Petersdorf, Wronkerstraße 7.

Neuer Verlag von Theobald Griebe in Berlin.

In der beliebten Familien-Bibliothek „Gesundheit, Wohlstand und Glück“ sind wieder 5 neue Nummern (oder 2 Bände à 1 Thlr.) erschienen:

V. 25. Früchte und Mehlstoffe, die eigentliche Nahrung des Menschen.

Geschichtliche, anatomische, physiologische und chemische Untersuchungen. Zusammengefasst von Dr. Smith, 1 Thlr.

VI. 26. Der franke Mensch oder Ursache und Heilung der Krankheiten. Beleuchtungen, wie man die Gesundheit bewahren und Krankheiten durch ein richtiges, angenehmes und Jedermann zugängliches Mittel heilen kann. Ein vollständiger ärztlicher Familien-Ratgeber. Von Dr. Wilson, 12 Sgr.

27. Der Alkohol als Medizin. Von Prof. Dr. R. T. Tratt, 7 1/2 Sgr.

28. Milch, Butter, Käse, Hülsenfrüchte, Desinfektion. Von Dr. R. Abl, 7 1/2 Sgr.

29. Diebstahlsünden oder die häufigsten Verbrechen und ihre Verhütung. Warnung und Rath für Verheirathete und Unverheirathete. Von Dr. O. S. Fowler. Nach der 40. Ausgabe. 10 Sgr.

Preuß. Lotterie-Loose (auf jeden Loose und abgibt für 1/5 Thlr., für 1/2 7 Thlr., für 1/3 3 Thlr. Aufgeld. August Froese in Danzig. Preuß. Lotterie-Compt. Send. pr. Postmandat w. bef. ausgezahlt)

Bu der am 5. April 1873 stattfindenden

Rölnen Pferde- u. Equipagen-Lotterie

und Loose à 1 Thlr. in der Exped. der Poener Zeitung zu haben.

Ein großes Zimmer sofort zu vermieten Graben 26.

Ein möbl. Zimmer Hotel du Nord zu verm. Näb. E. Neumann bei

Eine Parterrewohnung von 3 Zimmern mit großem Zubeh. ff. vom 1. April ab zu verm. Näb. in der Exped. d. Ztg.

Eine Parterrewohnung ist vom 1. April c. ab zu vermieten. Neustädtischer Markt 10

Wronkerstraße 4 ist ein großer Lagerkeller, der Eingang von der Straße aus, der sich auch zu einem Bierdepot eignet, vom 1. April c. zu vermieten.

Mühlenstr. 14a im 1. Stock 2 m. 3. auch Burjdenst. u. Pferdebestall z. v.

Eine trockene Remise wird auf St. Martin oder Ritterstraße gesucht. D. Lask.

Ein zweiter zuverlässiger Wirtschafts-Beamter u. ein junger Mann vom Lande aus anständiger Familie, der erstlich die Landwirtschaft erlernen will, finden zum 1. April d. J. Stellung auf dem Dom. **Gr. Rybno** bei Rischkowo.

Eine Wirthschafterin in reifere Jahren suche ich zur Führung meines Haushalts sofort oder zum 1. April d. J. Ludwigsberg bei Moschin, den 25. Februar 1873. Der Oberförster **Krüger.**

Ein gewandter junger Mann sucht für seine freie Stunden Beschäftigung. Offerten sub H. L. in der Exped. d. Ztg.

Dr. Fried. Lengil's Birken-Balsam

glättet die im Gesicht entstandenen Runzeln und Blatternarben, giebt ihm eine jugendlich frische Farbe und entfernt in kürzester Zeit Sommerprossen, Leberflecken, Muttermale, Nasenröthe, Mitesser, und alle anderen Unreinheiten der Haut. Befreicht man Abends das Gesicht oder andere Theile damit, so lösen sich schon am folgenden Morgen fast unsichtbare Schuppen von der Haut, die dadurch blendend, weiß und zart wird.

Preis eines Kruges mit Gebrauchsanweisung 1 Thlr.

General-Depot bei G. L. Reuling's Nachfolger in Frankfurt a. M.

Depot bei S. Spiro in Posen, Schumacherstraße 6.

Dom. Wronczyn bei Pudewitz sucht einen erfahrenen Hofverwalter, der mit Buchführung nachweislich gut vertraut ist. Gehalt außer Tantieme 150 Thaler.

Wir suchen für unser Detail-Geschäft per 1. April einen tüchtigen ersten

Expedienten. Schäfer & Lachmann.

Eine gewandte Verkäuferin

suche für mein Confituren-Geschäft zu engagiren.

Samuel Kantorowicz jun. Wasserstraße 2.

Noch 1 oder 2 Gehilfen (Geometer), zeübte Zeichner, finden dauernde Beschäftigung bei

Gräß J. Krenz, Königl. Feldmesser u. Kultur-Ingenieur.

Ein tüchtiger Destillateur, der auch zuverlässig in der Expedition ist, mit guten Empfehlungen, findet, möglichst von sogleich, gute Stellung bei

Wolfheim & Brilles in Pr. Stargardt.

Ein junger kräftiger Arbeiter wird gesucht St. Martin Nr. 16 im Hofe links.

Eine gebildete alleinstehende Dame (evangelisch) geübten Alters, welche bereits eine größere Wirthschaft selbstständig geführt, sucht zum 1. April oder Mai c. als Repräsentantin oder zur kräftigen Stütze der Hausfrau, Stellung. Offerten unter der Chiffre F. D. Oberfiglo a. B. poste restante.

Ein junger unverheir. Kunstgärtner, der in jeder Beziehung ist, was er sein soll, fertig polnisch spricht, vorzüglich Zeugnisse aufzuweisen hat, streng moralisch guter Mensch u. militärfrei ist, sucht sobald als möglich anderweitige Stellung. Nähere Auskunft ertheilt der Königl. Garten Inspector **Ganemann** in Posen a. O.

Eine junge Dame von guter Familie, mit guten Zeugnissen, gegenwärtig in einem großen Geschäft, sucht zum ersten April anderweitige Stellung. Näb die Exped. d. Pos. Ztg.

Ein gold. Ring ist am 22. d. M. im Dorfe Glowno gefunden worden u. kann abgeholt werden H. Gerberstraße Nr. 8 bei Mieschkefrau M. Schneider.

